Staatstheorie und öffentliche Güter

Prof. Dr. Hans-Georg Petersen WS 2008/2009
Lehrstuhl für Finanzwissenschaft
Universität Potsdam

A. Einführung

I. Vorbemerkungen

1.1. Zweck und Inhalt dieser Vorlesung, Studienplan der Finanzwissenschaft und Umweltökonomik

1.2. Hinweise auf Literatur, einschlägige Gesetze und empirische Daten

Staatstheorie und öffentliche Güter

II. Grundlegung

2.1. Gegenstand der Finanzwissenschaft

2.2. Privatwirtschaft und öffentliche Finanzwirtschaft

2.3. Richtungen der Finanzwissenschaft

- 2.3.1. Positive Finanzwissenschaft
- 2.3.2. Normative Finanzwissenschaft

2.4. Historische Begründung der finanzwirtschaftlichen Intervention

Staatstheorie und öffentliche Güter

2.5. Verhaltenswissenschaftliche Grundlegung

- 2.5.1. Egoismus versus Altruismus
- 2.5.2. Individualismus versus Kollektivismus
- 2.5.3. Individualismus und Institutionalismus

2.6. Gesellschaftliche und staatstheoretische Grundlegung

- 2.6.1. Spontane Ordnung und gesellschaftliche Evolution
- 2.6.2. Vertragstheorie und Staatsverfassung
- 2.6.3. Rechtsstaat, Demokratie sowie Wirtschafts- und Finanzpolitik

Staatstheorie und öffentliche Güter

2.7. Gesellschaftliche Ziele und Instrumente

- 2.7.1. Individuelle und gesellschaftliche Ziele
- 2.7.2. Gesellschaftliche Organisationsformen und -instrumente
- 2.7.3. Das Modell der offenen Gesellschaft

2.8. Problematik von Information und Informationsmangel

- 2.8.1. Dilemma-Verhalten
- 2.8.2. Principal-Agent-Problematik
- 2.8.3. Rent-seeking-Problematik
- 2.8.4. Sonstige institutionenökonomische Ansätze

Staatstheorie und öffentliche Güter

B. Rechtfertigung staatlicher Intervention

III. Wohlfahrtstheoretische Grundlegung

3.1. Effizienz und Leistungsgerechtigkeit
- 3.1.1. Tausch-Effizienz
- 3.1.2. Produktions-Effizienz
- 3.1.3. Pareto-Effizienz

3.2. Bedarfsgerechtigkeit und Umverteilung
- 3.2.1. Nutzentheoretische Grundlagen
- 3.2.2. Nutzenmöglichkeitskurve, Altruismus und Neid
- 3.2.3. Soziale Wohlfahrtsfunktionen und Umverteilung
- 3.2.4. Typen Sozialer Wohlfahrtsfunktionen

3.3. Trade-off-Problematik

Staatstheorie und öffentliche Güter

IV. Marktversagen

4.1. Notwendigkeit der Regulierung

4.2. Öffentliche und meritorische Güter
- 4.2.1. Güterkategorien
- 4.2.2. Reine öffentliche Güter
- 4.2.3. Begrenzte öffentliche Güter
- 4.2.4. Meritorische und demeritorische Güter
- 4.2.5. Kritische Würdigung

4.3. Negative Externalitäten

4.4. Die Bewertungsproblematik
- 4.4.1. Bewertung privater und öffentlicher Projekte
- 4.4.2. Kosten-Nutzen-Analyse
- 4.4.3. Soziale Zeitpräferenzrate

Staatstheorie und öffentliche Güter

V. Kollektive Entscheidungsregeln

5.1. Individual- und Sozialethik

5.2. Markt- und Demokratiesteuerung

5.3. Demokratische Entscheidungsregeln

VI. Staatsversagen

6.1. Demokratieversagen

6.2. Versagen staatlicher Institutionen

Staatstheorie und öffentliche Güter

VII. Wirkungen staatlicher Intervention

7.1. Gesamtwohlstandskonzept und Wirkungen der Staatstätigkeit

7.1.1. Abgrenzung von Markt- und Schattenwirtschaft

7.1.2. Bestimmungsgründe und Entwicklungstrends

7.2. Staatliche Intervention und Verhaltensanpassungen der Wirtschaftssubjekte

7.2.1. Einflüsse der Staatstätigkeit auf die ökonomischen Aktivitäten

7.2.2. Einflüsse der Staatstätigkeit auf die politischen Aktivitäten

Staatstheorie und öffentliche Güter

C. Ziele und Akteure der Finanzpolitik

VIII. Ziele der Finanzpolitik

8.1. Allokativ motivierte Staatseingriffe

8.2. Distributiv motivierte Staatseingriffe

8.3. Stabilitätspolitisch motivierte Staatseingriffe

8.4. Umweltpolitisch motivierte Staatseingriffe

IX. Politische Akteure und ihre Ziele

9.1. Akteure im Überblick

9.2. Akteure im staatlichen Sektor

- 9.2.1. Legislative und Parteien
- 9.2.2. Bürokratie

Staatstheorie und öffentliche Güter

9.3. Akteure im privaten Sektor

- 9.3.1. Private Haushalte
- 9.3.2. Verbände und Interessengruppen
- 9.3.3. Medien
- 9.3.4. Wissenschaftliche Berater

X. Polit-ökonomische Modelle

XI. Finanzpolitische Instrumente

11.1. Die öffentlichen Ausgaben

11.2. Die öffentlichen Einnahmen

11.3. Die öffentlichen Gewährleistungen

Grundlegende Literatur (1)

- H.-G. Petersen: Finanzwissenschaft I. 3. Aufl., Stuttgart, Berlin, Köln 1993.
- H.-G. Petersen: Finanzwissenschaft II. Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1988.
- H.-G. Petersen: Sozialökonomik. Stuttgart, Berlin, Köln 1989.
- H.-G. Petersen: Ökonomik, Ethik und Demokratie. Zu einer Theorie der Effizienz und Gerechtigkeit offener Gesellschaften. Baden-Baden 1993.
- H.-G. Petersen und K. Müller: Volkswirtschaftspolitik. Grundzüge der Volkswirtschaftslehre. Band III, hrsg. v. Helga Luckenbach. München 1999.
- N. Andel: Finanzwissenschaft. 4. Aufl., Tübingen 1998.
- H. Zimmermann und K.-D. Henke: Finanzwissenschaft. Eine Einführung in die Lehre von der öffentlichen Finanzwirtschaft. 8. Aufl., München 2001.

Grundlegende Literatur (2)

- D. Brümmerhoff: Finanzwissenschaft, 8. Auflage, München, Wien 2001.
- H. Grossekettler: Öffentliche Finanzen. In: Vahlens Kompendium der Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik, Bd. I, 7. Aufl., München 1999.
- B. Rürup und H. Körner: Finanzwissenschaft. Grundlagen der öffentlichen Finanzwirtschaft. Neuauflage, Düsseldorf 2000.
- R.A. Musgrave, P. B. Musgrave und L. Kullmer: Die öffentlichen Finanzen in Theorie und Praxis. 1. Band, 6. Aufl., Tübingen 1994, 2. Band, 5. Aufl., 1993, 3. Band, 4. Aufl., 1992 und 4. Band, 1978.
- V. Arnold und O.-E. Geske (Hrsg.): Öffentliche Finanzwirtschaft. München 1988.
- J.E. Stiglitz: Economics of the Public Sector. 3rd ed., New York, London 2000.

Grundlegende Literatur (3)

- Ch.B. Blankart: Öffentliche Finanzen und Demokratie: Eine Einführung in die Finanzwissenschaft. 4. Aufl. München 2001.
- E. Nowotny: Der öffentliche Sektor. 4. Aufl., Berlin u.a. 1999.
- R. Peffekoven: Einführung in die Grundbegriffe der Finanzwissenschaft. 3. Aufl., Darmstadt 1996.
- Die einschlägigen Beiträge in: F. Neumark (Hrsg.) unter Mitwirkung von N. Andel und H. Haller: Handbuch der Finanzwissenschaft. 3. Aufl., Tübingen 1977 ff.
- Die einschlägigen Artikel in: Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaft (HdWW). Stuttgart u.a. 1977 ff.

Zusätzliche Literatur (1)

- H. Kolms: Finanzwissenschaft I. Grundlegung - Öffentliche Ausgaben. 4. verb. Aufl., Berlin, New York 1974.
- D.N. Hyman: Public Finance. A Contemporary Application of Theory to Policy. Chicago u.a. 2000.
- R.W. Boadway und D.E. Wildasin: Public Sector Economics. 2. Aufl., Boston, Toronto 1984.
- A.B. Atkinson und J.E. Stiglitz: Lectures on Public Economics. 2. Aufl. London u.a. 1989.
- B.S. Frey: Theorie demokratischer Wirtschaftspolitik. München 1981.
- P. Bernholz und F. Breyer: Grundlagen der Politischen Ökonomie. 2. Aufl., Tübingen 1984.

Zusätzliche Literatur (2)

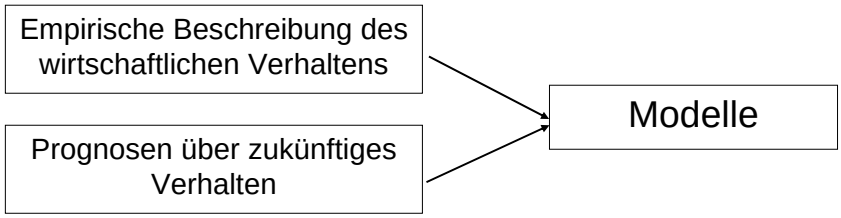
- J.F. Due und A.F. Friedlaender: Government Finance. Economics of the Public Sector. 7. Aufl., Homewood/Ill. 1981.
- J.M. Buchanan und M.R. Flowers: The Public Finances. An Introductory Textbook. 6. Ed., Homewood/Ill. 1987.
- G. Kirsch: Neue Politische Ökonomie. 2. Aufl. Düsseldorf 1983.
- B.S. Frey: Moderne Politische Ökonomie. München, Zürich 1977.
- Ph. Herder-Dorneich und M. Groser: Ökonomische Theorie des politischen Wettbewerbs. Göttingen 1977.

Unterschiede zwischen öffentlicher Finanzwirtschaft und privater Wirtschaft

	Öffentliche Finanzwirtschaft	Private Wirtschaft
Ziele	liegen im Interesse der Gesamtheit (des Staates) ; politisch bestimmt; soweit wie möglich Verwirklichung des ökonomischen Prinzips	liegen im Interesse der Individuen; subjektiv bestimmt; soweit wie möglich Gewinnmaximierung
Mittel	Zwangseinnahmen, Gebühren, Beiträge, öffentliche Kredite	Eigenkapital und Fremdkapital (Kredite aus privatem und öffentlichem Sektor)
Risiko	Gesamtheit der Steuerzahler und Gesamtheit der Bürger, eingeschränkte Rückgriffshaftung der Verwaltung	beim einzelnen Wirtschaftssubjekt
Sanktionen	in erster Linie politischer Art: in demokratischen Gesellschaften Stimmenverluste bis hin zum Entzug des Mandats	Gewinneinbußen, Verluste bis hin zum Konkurs
Kosten-Nutzen-Analysen	werden z.T. anhand der vorgegebenen politischen Ziele durchgeführt; meist nur für neue Investitionsvorhaben	werden laufend durchgeführt mit dem Ziel der Wirtschaftlichkeit

Positive Finanzwissenschaft

• Teil der positiven Ökonomik:



Wissenschaftstheoretische Technik:

- Deduktion: Übergang von einer oder mehrerer Annahmen (Prämissen) zu einer Aussage (Schluss)
  - Bsp.: mikro- und makroökon. Modelle
- Induktion: Schluss vom Einzelfall auf das Allgemeine (Gesetzmäßige)
  - Bsp.: Wagnersches Gesetz, displacement effect

Dabei werden die gesellschaftlichen und die konkreten wirtschaftspolitischen Ziele als von außen gesetzt (durch Ethik oder Politik) betrachtet.

Normative Finanzwissenschaft

- Erstellung und Diskussion von **Ziel-Mittel-Beziehungen**

  Dabei treten Widersprüchlichkeiten auf (trade-offs, Antinomien), die zu **Opportunitätskosten** führen können.

  $\Rightarrow$ interdisziplinärer Diskurs

  bei Offenlegung der jeweiligen zugrundeliegenden Wertungen.

Wichtige Begriffe (Kapitel 2.1. – 2.3.):

- Fiskus
- Parafiskus
- Gebietskörperschaft
- Privatwirtschaft
- Öffentliche Finanzwirtschaft
- Haushaltsplan
- Knappheit
- Ökonomisches Prinzip
- Positive Finanzwissenschaft
- Normative Finanzwissenschaft
- Deduktion
- Induktion
- Ökonomische Modelle
- Ziel-Mittel-Systeme
- Opportunitätskosten
- Diskurs
- Politische Ökonomie
- Moderne (Neue) Politische Ökonomie (public choice)

Finanzpolitische Systeme der Neuzeit

- Absolutismus
- Liberalismus
- Interventionismus
- Totalitäre Systeme
- Liberal-interventionistisch gemischte Systeme (mixed economy)

Absolutismus

- "stehende" Heere
- besoldeter Beamtenapparat
- Förderung privatwirtschaftlicher Entwicklung

  (**Merkantilismus** und **Kameralismus**)

Liberalismus

Rückbildung der staatlichen Einflussnahme bis hin zum

“Nachtwächterstaat” (Ferdinand Lassalle)

- Neutralitätspostulat:
  - Laissez-faire Prinzip
  - Der beste Haushalt ist der Kleinste (J.B. Say)
  - Leave them as you find them (Edinburgher Regel 1833)

Interventionismus

Aufkommen der **”sozialen Frage”**

- Sozialreformer
  (Brentano, Roscher, Schmoller, Wagner)

⇒ Korrekturen am kapitalistischen System

Totalitäre Systeme

- Staatsreligion oder –ideologie definiert “höchste Werte”
  - Faschistische Systeme
  - Real existierender Sozialismus
- Politische Merkmale:
  - Zentralisierte Planung
  - Massive Interventionen
  - Autarkiebestrebungen
  - Leiturgische Bedarfsdeckung
  - Sozialisierung

Liberal-interventionistisch gemischte Systeme (mixed economy)

- Akzeptanz von Menschenrechten und bürgerlichen Freiheitsrechten
  - Kooperationsfreiheit
  - Wirtschafts- und finanzpolitische Steuerung
  - “soziale Marktwirtschaft”

Verhaltenswissenschaftliche Grundlegung

Wohlverstandener und langfristig ausgerichteter Egoismus führt zu Kooperation

über

- Familien
- Nachbarschaft
- Institutionen und Organisationen

Egoismus versus Altruismus (1)

Kooperation zur Überwindung von Knappheit

Malthus: “dismal science” (Elendswissenschaft)

- Natürliche Evolution
- Selbstorganisation
- Optimierung

$\Rightarrow$ Evolutorische Ökonomik

Egoismus versus Altruismus (2)

- Staatsphilosophische Ansätze des Individualismus (Hobbes, Locke):

  Naturzustand

  Nullsummenspiel oder gar negatives Summenspiel

  (defektives Spiel = Konflikt)

  Trittbrettfahrerverhalten

  Wiederholte Tauschakte (oder Markttransaktionen):

  "Tit-for-Tat" Strategie

  Vertrauen

  – Arbeitsteilung
  – Spezialisierung

Egoismus versus Altruismus (3)

Dadurch: Nutzung von **Synergien**

Also: Ausschluss von Randlösungen

(= defektive Strategie)

Direkter Gütertausch • *friedliche Koexistenz*

- Abhängigkeit vom Tauschpartner
- Neue Technologien (arbeits- und kapitalsparende)

  Überwindung von Knappheit (= Streben nach Wohlstand):

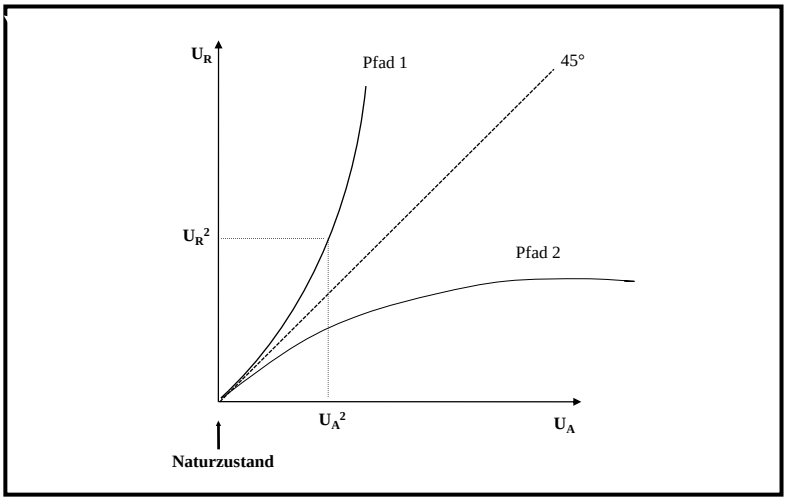
  – Entstehung von Gesellschaft
  – Vergleich der sozialen Lage (Gerechtigkeitsproblem)

Egoismus versus Altruismus (4)

- Komplexe Gesellschaft:
  - beschränkte Informationen
  - schwierige Verhaltenskontrolle
  - strategisches Verhalten

daher: Störung der friedlichen Koexistenz (defektive Strategien)

Abbildung: Entwicklungspfade aus dem Naturzustand (NEU)



Individualismus versus Kollektivismus (1)

Frage: *Wieviel* Staat wird in einem freiheitlichen System toleriert?

– Diskurs in der **offenen Gesellschaft**

- Methodologischer Individualismus
  – Österreichische Schule
    - Mises: “Die Behauptung, daß es irrationales Handeln gebe, läuft immer auf die Bewertung fremder Zwecksetzungen hinaus. Wer meint, das Irrationale spiele eine Rolle im menschlichen Handeln, sagt nur, daß seine Mitmenschen nicht so handeln, wie er es für richtig hält.”

Individualismus versus Kollektivismus (2)

– Methodologischer Anarchismus (Feyerabend, Nozick)

– Objektivismus (Kant): allgemeingültige Normen bzw. Gesetze aus menschlicher Erkenntnis heraus

⇒ kategorischer Imperativ

- Raum- und Zeitbezogenheit der Normen + Pluralismus ⇒ gesellschaftliche Dynamik
- Staatliche Institutionen sind gerechtfertigt, wenn sie dem Bürger dienlich sind. ⇒ Kontrolle und Diskurs

Individualismus und Institutionalismus (1)

- Komplexe Transaktionen in Tauschwirtschaften
  - m Tauschpartner, n Güter: Tauschrelationen: $m \cdot n \cdot (n - 1)/2$
  - m = 10 und n = 40: 7800 Tauschrelationen

$\Rightarrow$ Transaktionskosten:

- Informationskosten
- Zeitkosten
- Suchkosten
- Transportkosten
- Verhandlungskosten
- Entscheidungskosten

Individualismus und Institutionalismus (2)

Institutionelle Lösung (zur Reduzierung der Transaktionskosten):

$\Rightarrow$ Geldwirtschaft

in der direkter Tausch (Gut gegen Gut) durch indirekten Tausch (Gut gegen Geld und Geld gegen jedes beliebige Gut) ersetzt wird.

Der Wohlstandsgewinn einer Geldwirtschaft liegt in der Reduktion der Transaktionskosten. Erst das Geld ermöglicht eine ***hochgradig arbeitsteilige und spezialisierte Wirtschaft***.

Geld hat Funktionen als Recheneinheit, Tauschmittel und der Wertaufbewahrung:

Sicherung des Geldwertes durch Zentralbank (als mehr oder weniger autonome Institution).

Individualismus und Institutionalismus (3)

Marktergebnis: Nutzenkalküle der Haushalte, Gewinnmaximierungskalküle der Unternehmen

⇒ System relativer Preise

- **reflektiert Knappheiten** und ermöglicht Klärung der Präferenzen
- löst das **Rationierungsproblem** (Ausschlussprinzip)
- bei **Konsumentensouveränität + Produzentensouveränität**

- **Marktmechanismus** verfügt über **keine eigene Moral**!
- Verantwortlich ist nicht der Mechanismus, sondern verantwortlich sind die in diesem System **handelnden Personen** (primär Konsumenten, sekundär Produzenten)!

Individualismus und Institutionalismus (4)

- Komplexe Marktgesellschaft:
  - anonyme Markttransaktionen (im Vergleich zum direkten Tausch)
  - Unmerklichkeit des Wirkens der “unsichtbaren Hand” (beruht Erfolg auf Leistung oder Betrug = Ausbeutung)
  - defektive Strategien und Vergeltung

  ⇒ Gefahr der Marktablehnung
- Lösung:
  - Faire Wettbewerbsregeln
  - Ehrbare Kaufleute

Das Marktsystem benötigt eine moralische Fundierung!

Private Institutionen (1)

- Familie (Mehr-Generationen-Familie, Kern-Familie)
  - Prinzip:
    - **Reziprozität** (Gegenseitigkeit) statt Marktäquivalenz
    - intrafamiliäre **Arbeitsteilung** (auch Partizipation an den Arbeitsmärkten)
- Unternehmen
  - Ergebnis von Spezialisierung und Arbeitsteilung:
    - Größenordnungsvorteile versus Kontroll- und Vertretungskosten erklären unterschiedliche Unternehmensgrößen
    - Anbieter auf Absatzmärkten (z.T. Mehrproduktunternehmen), Nachfrager auf Faktormärkten

Private Institutionen (2)

- Haushalte
  - Arbeitnehmerhaushalte (überwiegend Markteinkommen aus unselbständiger Tätigkeit)
  - Unternehmerhaushalte (überwiegend Markteinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen)
- Institutionen haben den Sinn, eine effiziente Ressourcenallokation über eine Verringerung der Transaktionskosten zu erreichen (**Neue Institutionenökonomik**)!

Wichtige Begriffe (Kapitel 2.5.)

- Absolutismus
- Kameralismus
- Merkantilismus
- Liberalismus
- Nachtwächterstaat
- Interventionismus
- Soziale Frage
- Sozialreformer
- Totalitarismus
- Mixed economy
- Egoismus
- Altruismus
- Knappheit
- Kooperation
- Naturzustand
- Tit-for-Tat-Strategie
- Synergie
- Individualismus
- Kollektivismus
- Offene Gesellschaft
- Kategorischer Imperativ
- Institutionalismus
- Transaktionskosten
- Geldwirtschaft
- Arbeitsteilung
- Spezialisierung
- Rationierung
- Konsumentensouveränität
- Produzentensouveränität
- Reziprozität
- Neue Institutionenökonomik

Gesellschaftliche und staatstheoretische Grundlegung

- Grundlage
  - Evolutionsbiologie: Prozess der **natürlichen Selektion** (**Darwin**).
  - Knappheit führt dazu, dass die **besten Ausbeuter der Ressourcen** gewinnen.
  - **Homo oeconomicus** (als Nutzen- und Gewinnmaximierer). Hat demnach naturwissenschaftliche Grundlage.
  - Menschliches Leben Ergebnis eines **zufallsgesteuerten** Prozesses (kein Schöpfungsakt wie in Genesis).
  - Mensch als genetisch-biologisches **Individuum**.
  - Mutationen und genetische Rekombinationen führt zur **Selektion** als Auslese durch die Umwelt.

Spontane Ordnung und gesellschaftliche Evolution

- Übertragen auf die Wirtschaft und Gesellschaft:
  - Hayek: Wettbewerb als Entdeckungsverfahren
  - Evolutionärer Rationalismus (Institution als unbeabsichtigtes Resultat der Verfolgung individueller Interessen)

  Gerichtet gegen den konstruktiven Rationalismus (Institution als Resultat autoritärer Entscheidungen)

Individualistisch-evolutionäres Konzept und Individualistisch-kontraktheoretisches Konzept

- **Individualistisch-evolutionäres Konzept (Smith, Ferguson, Hume):**

  Freiwillige Verhaltensnormen, die sich im zwischenmenschlichen Verkehr herausgebildet haben: Moral, Geld, Handelsgebräuche

- **Individualistisch-kontraktheoretisches Konzept (Hobbes, Locke, Kant):**

  Institutionen werden auf ein bestimmtes Ziel hin geplant und rechtlich fixiert

  Menger/Hayek: Die Gesetzgebung ist in der modernen Gesellschaft zwar i.d.R. ein Produkt bewusster Gestaltung, ihre Elemente können sich aber in einem unintendierten evolutorischen Prozess entwickelt haben.

Beide Konzepte sind als sich ergänzend zu betrachten!

Vertragstheorie und Staatsverfassung (1)

- Machiavelli: “Alle Menschen sind böse”
- Hobbes: Schlechtigkeit wird in Grenzen gehalten, da diese
  - auf den Menschen selbst zurückschlagen kann,
  - sich die Menschen auf Verhaltensregeln einigen.

  $\Rightarrow$ Naturrecht (Grotius): Pacta sunt servanda!

- *Vertragstheorie* (Hobbes):
  - Menschen bilden die Gesellschaft
  - Ihr Verhalten wird durch Reize bestimmt, die von Objekten ausgehen:
    - begehrte Objekte (“Güter”, Werte)
    - abgelehnte Objekte (“Übel” oder Unwerte)

    Werte sind subjektiv!

Vertragstheorie und Staatsverfassung (2)

- *Vertragstheorie* (Hobbes):
  - **Hobbes Begründer der subjektiven Wertlehre** Thomas Hobbes: **“Leviathan”** 1651
    - Naturzustand als Urzustand ohne jegliche gesellschaftliche Organisation
      - “Krieg aller gegen alle” (bellum omnium contra omnes)
      - “Der Mensch ist des Menschen Wolf” (homo homini lupus)
      - Aber: Die Menschen achten den Wert der Selbsterhaltung

Vertragstheorie und Staatsverfassung (3)

- *Vertragstheorie* (Hobbes):

  Ausweg:
  - Die potentiellen Gesellschaftsmitglieder schließen einen Vertrag
    - Herrscher erhält Recht auf alles, was die Menschen besitzen
    - Herrscher erlässt Eigentumsordnung, wobei Privateigentum nur im Verhältnis der Privaten zueinander gilt
    - Gesellschaftsmitglieder unterwerfen sich bedingungslos der Herrschaft (als Gewaltmonopol)

  ⇒ **Unterwerfungsvertrag**

Vertragstheorie und Staatsverfassung (4)

- *Vertragstheorie* (Hobbes):

  Aber: Verstößt der Herrscher (“Staat”) gegen die natürlichen Rechte der Menschen, verliert dieser das Recht auf Gehorsam.
  - Auflösung der bürgerlichen Gesellschaft
  - Rückkehr zur natürlichen Anarchie (Naturzustand)
- Fundamentalgrundsätze von Hobbes:
  - Ohne Gesetze keine Strafe (nulla poena sine lege)
  - Gleichheit vor dem Gesetz

Vertragstheorie und Staatsverfassung (5)

- John Locke: “Two Treatises of Government” 1690
  - Naturzustand als Situation vollkommener Freiheit, die durch Naturgesetzlichkeit begrenzt wird
  - Natürliches Recht auf Eigentum (an der eigenen Hände Arbeit: **Leistungsgerechtigkeit**, s.u.)
  - Aufgewendete Arbeit bestimmt Wert eines erstellten Gutes (Arbeitswertlehre)
  - Selbstjustiz als Sanktionsmechanismus

  $\Rightarrow$ Naturzustand ohne weitere Regeln sehr labil

Vertragstheorie und Staatsverfassung (6)

- John Locke: “Two Treatises of Government” 1690
  - Ausweg:
    - Menschen schließen sich zusammen, um eine gemeinsame Gewalt zu schaffen (Gewaltmonopol)
    - Gegenseitige Garantie des Lebens, der individuellen Freiheit und des Privateigentums
    - Herrscher ist selbst Vertragspartner
    - Abstimmung über Vertrag nach dem Mehrheitsverfahren

    $\Rightarrow$ **Staatserrichtungsvertrag**

Vertragstheorie und Staatsverfassung (7)

- John Locke: “Two Treatises of Government” 1690

  Verletzungen des Staatserrichtungsvertrages (also Verfassungsbruch) berechtigen das Volk zur Forderung nach Wiederherstellung der Vertragsgrundlage

  ⇒ **Widerstandsrecht** (Thomas von Aquin, Scholastiker 1273, gegen “ungerechte” Steuern)

  ⇒ **No taxation without representation!**

  Ähnliche Ansätze bei Thomas Jefferson in der Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten 1776

Vertragstheorie und Staatsverfassung (8)

- Immanuel Kant “Über den Gemeinspruch” 1793
  - Es ist unnötig, in der Geschichte Beweise für das Zustandekommen solcher Verfassungsverträge zu suchen.
  - “Es ist eine bloße Idee der Vernunft, die aber ihre unbezweifelbare (praktische) Realität hat: nämlich jeden Gesetzgeber zu verbinden, daß er seine Gesetze so gebe, als sie aus dem vereinigten Willen eines ganzen Volks haben entspringen können.“
  - Wer seinen Verstand gebraucht, wird Einsicht gewinnen Wollen in die Möglichkeit vernünftigen Lebens, wobei etwas vernünftig ist, wenn es zum allgemeinen Gesetz erhoben werden kann.

  ⇒ **kategorischer Imperativ**

Rechtsstaat

- republikanische **Verfassung**
- Gewaltenteilung (Montesquieu)
- **Wahlrecht** gebunden an die wirtschaftliche Selbständigkeit des Bürgers
- menschliche **Pflicht** (Kant) tritt neben die hedonistischen Zielsetzungen der schottischen Moralphilosophie (besonders ausgeprägt im Utilitarismus von Bentham)
- **Moral** sagt dem einzelnen Menschen, wie er von seiner Freiheit richtigen Gebrauch machen soll
- **Gesetz** regelt den richtigen Gebrauch der Freiheit im zwischenmenschlichen Beziehungsgeflecht

Neuere vertragstheoretische Ansätze (1)

Variationen hinsichtlich der Prämissen und der Entstehung des Gesellschaftsvertrages

- James M. Buchanan und Gordon Tullock:
  - The Calculus of Consent. Logical Foundations of Constitutional Democracy 1962
  - Limits of Liberty (Buchanan) 1975
- John Rawls:
  - A Theory of Justice 1971
- Robert Nozick:
  - Anarchy, State and Utopia 1974

Neuere vertragstheoretische Ansätze (2)

- Buchanan:
  - Staat als schützende kollektive Instanz
  - definiert Eigentums- und Handlungsrechte
  - überwacht Verfahrensregeln (Verfassung)
  - sanktioniert Regelverstöße (Strafe)
  - stellt Klubgüter und öffentliche Güter bereit

Neuere vertragstheoretische Ansätze (3)

- Nozick:
  - aus Wettbewerb privater Schutzunternehmen geht Staat und Gewaltmonopol hervor (Ultraminimalstaat)
  - Gesellschaftsvertrag steht am Ende einer evolutorisch kooperativen Entwicklung (impliziter Vertrag)
  - Angebot nur “rein” öffentlicher Güter (Schutz vor Gewalt, Diebstahl, Betrug, Rechtssicherheit der privaten Verträge)
  - Umverteilung von Einkommen und Vermögen sind weitgehend ausgeschlossen

Neuere vertragstheoretische Ansätze (4)

- Rawls:
  - Gerechtigkeit als größtmögliche Fairness
  - Überlegungsgleichgewicht (moralische Normen werden einem Überprüfungsprozess unterzogen, aus dem vorläufig geltende Gerechtigkeitsgrundsätze abgeleitet werden)

    alltägliche Urteile • Gerechtigkeitsgrundsätze

    ⇒ **Rückkoppelungsprozess** (in Demokratie) ermöglicht Lern- und Veränderungsprozesse
  - Gesellschaftliche **Grundgüter** (Maßzahl für die Güter, die eine repräsentative Person erwarten kann = **Bedarfsgerechtigkeit**, s.u.)
  - Naturzustand (materielle Knappheit und **Schleier des Nichtwissens** = veil of ignorance, d.h. Risikoscheu)

Neuere vertragstheoretische Ansätze (5)

- Rawls:
  - Erster Grundsatz
    - Jedermann hat gleiches Recht auf das umfangreichste Gesamtsystem gleicher Grundfreiheiten, das für alle möglich ist.
  - Zweiter Grundsatz
    - Soziale und wirtschaftliche Ungleichheiten müssen folgendermaßen beschaffen sein:

      a) sie müssen unter der Einschränkung des gerechten Spargrundsatzes den am wenigsten Begünstigten den größtmöglichen Vorteil bringen. = **Maximin**

      b) sie müssen mit Ämtern und Positionen verbunden sein, die allen gemäß fairer Chancengleichheit offen stehen.

Neuere vertragstheoretische Ansätze (6)

- Rawls:
  - Teilprinzip a) des zweiten Grundsatzes:
    - Differenzprinzip oder **Maximin-Regel**
  - Vorrangsregeln:
    - Erster Grundsatz (Freiheit) ist dem zweiten Grundsatz (materielle Versorgung) lexikographisch vorgeordnet
    - Zweite Grundsatzregel bestimmt Vorrang der Gerechtigkeit vor dem Prinzip der ökonomischen Effizienz und den Vorrang der Chancengleichheit vor dem Differenzprinzip (das sich auf die Verteilung der gesellschaftlichen Grundgüter bezieht)
  - Erster Grundsatz: Institutionen der konstitutionellen Demokratie
  - Zweiter Grundsatz: staatliche Eingriffsrechte allokativer, stabilitätspolitischer sowie verteilungs- und sozialpolitischer Art (Musgrave)

Rechtsstaat, Demokratie und Volkswirtschaftspolitik (1)

- Evolutorische Entwicklung:

  Freiwillige Kooperation ⇒ Tauschgesellschaft ⇒ Marktgesellschaft

  verbunden mit

  Arbeitsteilung und Spezialisierung ⇒ gesellschaftliche Differenzierung mit Wachstumsprozessen ⇒ neue Knappheiten ⇒ Innovation ⇒ technischer Fortschritt ⇒ verstärkte soziale Differenzierung ⇒ Informationszunahme

Rechtsstaat, Demokratie und Volkswirtschaftspolitik (2)

- Trotz verbesserter Informationsmöglichkeiten über moderne Medien verbleiben Informationsmängel und -unsicherheiten:
  - asymmetrische Information,
  - verzerrte Informationen,
  - Risiken und Ungewissheiten (Knight),
  - externe Effekte.
- Bei Ungewissheiten und externen Effekten spricht man auch von Marktversagen.
- Daneben treten in stark ausdifferenzierten Gesellschaften die defektiven Verhaltensstrategien.

Rechtsstaat, Demokratie und Volkswirtschaftspolitik (3)

- Lösungsansatz:
  - Eingeschränkte Rationalität,
  - Informationsmängel,
  - Marktversagen,
  - defektives (nicht-kooperatives) Verhalten

  erfordern

  Design effizienter Institutionen (second best)

  $\Rightarrow$ ökonomisches und soziales **Effizienzdenken**

Rechtsstaat, Demokratie und Volkswirtschaftspolitik (4)

- Daneben tritt das Problem der **Gerechtigkeit**:
  - Bedarfsgerechtigkeit,
  - Leistungsgerechtigkeit,

  wobei die Frage nach der **Umverteilung** zu stellen ist.

  Individuelle Einigungsprozesse sind schwerlich möglich, da die Präferenzen hinsichtlich dieser Zielsetzungen erheblich differieren.
- "Schleier des Nichtwissens" und Einstimmigkeit:

  ⇒ **Verfassungen**, welche die unabdingbaren Grundregeln enthalten ("unbestimmte Rechtsbegriffe")
  - Änderungen gar nicht (Menschenrechte) bzw. nur mit qualifizierter Mehrheit (z.B. mit 2/3- oder gar ¾- Mehrheit) möglich.
  - Problem der Ausbeutung durch Mehrheiten (Frage nach einem Minderheitenschutz).

Wichtige Begriffe (Kapitel 2.6.):

- Spontane Ordnung
- Natürliche Selektion
- Homo oeconomicus
- Evolutionärer Rationalismus
- Kontrakttheorie, Vertragstheorie
- Subjektive Wertlehre
- Naturzustand
- Gewaltmonopol
- Unterwerfungsvertrag
- Leistungsgerechtigkeit
- Staatserrichtungsvertrag
- Widerstandsrecht
- Kategorischer Imperativ
- Verfassung
- Gerechtigkeit
- Umverteilung
- Wahlrecht
- Pflicht
- Moral
- Gesetz
- Ultraminimalstaat
- Fairness
- Überlegungsgleichgewicht
- Grundgüter
- Bedarfsgerechtigkeit
- Schleier des Nichtwissens (veil of ignorance)
- Maximin-Regel
- Demokratie
- Informationsmängel
- Marktversagen
- Defektives Verhalten
- Effizienz

Gesellschaftliche Ziele und Instrumente (1)

- Ziel- und Instrumentenebene

  Beispiel: Kants (1798) Klassifizierung der Staatsverfassung

  A. Gesetz und Freiheit, ohne Gewalt (Anarchie).
  B. Gesetz und Gewalt, ohne Freiheit (Despotism).
  C. Gewalt, ohne Freiheit und Gesetz (Barbarei).
  D. Gewalt, mit Freiheit und Gesetz.

  „Man sieht, daß nur die letztere eine wahre bürgerliche Verfassung genannt zu werden verdient.“

Gesellschaftliche Ziele und Instrumente (2)

- Zielebene
  - Inhaltliche Beschreibung der normativen Basis bzw. des Werturteilgerüsts einer Staatsverfassung bzw. eines Gesellschaftssystems

  Theorie der Wirtschaftspolitik diskutiert Ziele und Zielbeziehungen (siehe vor allem Herbert Giersch)
  - Problem:
    - Unvereinbarkeit (Antinomie, trade-off)
    - Opportunitätskosten
  - Untergeordnet:
    - Mittelebene

Gesellschaftliche Ziele und Instrumente (3)

- Individuelle und gesellschaftliche Ziele
  - Frieden
  - Freiheit
  - Gerechtigkeit
  - Wohlstand

Frieden

- Vernunft und Erkenntnisfähigkeit (Erfahrung) führen zur Kooperation
- Gesellschaft ist Resultat der Selbstorganisation
- Äußerer Frieden: friedliche Koexistenz zwischen verschiedenen Gesellschaften
- Innerer Frieden: sozialer Frieden, der erst Institutionen ermöglicht, die über die Verwandtschaftsbeziehungen (Familie) hinausgehen
- Probleme: **Interessenkonflikte**
- Lösungen: **Toleranz** und Kompromiss
- Sicherheit (häufig als weiteres Ziel betrachtet) kann unter Frieden subsummiert werden:

  Sicherheit ist die Bewahrung des inneren und äußeren Friedens in der Zukunft

Freiheit

- Herder (1784): “Der Mensch ist der erste Freigelassene der Schöpfung, er steht aufrecht”.
  - Vernunft und Eigenverantwortlichkeit
    = **Entscheidungsfreiheit**
  - Wettbewerb der Lebensstile
- Freiheit im **formalen** Sinn: Gleichheit vor dem Gesetz
- Freiheit im **materiellen** Sinn: “ausreichende” Ausstattung mit Arbeits- und Sachvermögen (Humankapital und Realkapital)

Gerechtigkeit (1)

- Eigenverantwortlichkeit, genetische Differenzen und Präferenzunterschiede führen zu materiellen Differenzen
- Rawls (1971): “Ein Begriff der sozialen Gerechtigkeit liefert also in erster Linie einen Maßstab zur Beurteilung der Verteilungseigenschaften der gesellschaftlichen Grundstruktur”.
- Menschen haben die Neigung, materielle Differenzen (ihre ökonomische und soziale Lage) untereinander zu vergleichen: **wahrgenommene Ungleichheit** löst die Frage nach der **sozialen Gerechtigkeit** aus
- Vergleichsmaßstab:

  Leistung $\Rightarrow$ Leistungsgerechtigkeit

  Bedarf $\Rightarrow$ Bedarfsgerechtigkeit

Gerechtigkeit (2)

- **Leistungsgerechtigkeit**: System der relativen Preise (Grenzproduktivitätstheorie der Verteilung) als theoretische Meßlatte.
- **Bedarfsgerechtigkeit**: keine theoretische Orientierung; von der Sicherung des physischen Existenzminimums bis völligen Egalität von Konsumniveaus und Konsumstruktur.
  - Bedarfsgerechtigkeit erfordert Umverteilung
- Grundeinstellungen (moral sentiments):
  - **Zufriedenheit** in bezug auf den Güterkonsum
  - **Neid** in bezug auf den Güterkonsum

Gerechtigkeit (3)

- Frage der **sozialen Sympathie** und der **Solidarität** innerhalb einer Gesellschaft
  - Ausgewogenes Verhältnis von Leistungs- und Bedarfsgerechtigkeit
- Sicherheit bedeutet Erhaltung der materiellen Entscheidungsfreiheit (ökonomisch: Konsumentensouveränität) in der Zukunft
  - individuelle Risiken: z.B. Krankheit, Invalidität, Alter, Tod des Ernährers
  - allgemeine Unsicherheiten: z.B. Inflation, Arbeitslosigkeit
- Ein **System der sozialen Sicherheit** (privat und staatlich) hat ein ausgewogenes Verhältnis von Bedarfs- und Leistungsgerechtigkeit herzustellen

Wohlstand (1)

- Umfasst materielle Güter und immaterielle Werte
- Grundproblem: **Knappheit** und ihre Überwindung
- Erich Schneider: Die reale Welt “steht unter dem kalten Stern der Knappheit”. Knappheiten lösen Unzufriedenheit, Neid und Hass aus.
- Also: Einsatz der knappen Ressourcen in der Weise, dass möglichst viele materielle Güter produziert, ohne dass immaterielle Werte verletzt werden.

Wohlstand (2)

- **Wohlstandsoptimum (optimum optimorum)**
  1. optimale Kombination der gesellschaftlichen Ziele
  2. Wohlstandoptimum im technischen (ökonomischen) Sinn:
     - neoklassische Wohlfahrtstheorie*
     - vollkommenen Konkurrenz
     - Leistungsgerechtigkeit
  3. Verwirklichung der Bedarfsgerechtigkeit bei möglichst geringen Opportunitätskosten (trade-off zwischen Effizienz und Gerechtigkeit)

*Voraussetzungen: individuelle Eigentumsrechte, vollständige Informationen über Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft, unendliche Anpassungsgeschwindigkeit bei Akteuren

Gesellschaftliche Ziele und Instrumente (4)

- Gesellschaftliche Organisationsformen und -instrumente

  Neben die vier Ziele der Zielebene treten die vier Instrumente der Mittelebene:

  – Familie
  – Moral
  – Gesetz
  – Markt

Familie

- Kernzelle der Gesellschaft
  – natürliche Einheit als Reproduktionsgemeinschaft
  – Schutzinstitution für die nicht erwerbsfähigen Familienmitglieder (Kinder und ältere Menschen)
  – Wirtschaftseinheit (natürliche und ökonomische intra-familiäre Arbeitsteilung und Spezialisierung)

Moral (1)

- Familie befriedigt nicht den Geselligkeitsbedarf des Menschen.
- Aristoteles (342 v. Chr.):
  - Mensch als geselliges Wesen (zoon politicon)

    $\Rightarrow$ Nachbarschaft
  - Regelungsbedarf für das Zusammenleben erfüllt durch das Wirken von Sitten und Normen (Ethik und Moral), wobei die Befolgung weitgehend auf freiwilliger Basis erfolgt.
- Nachbarschaft ermöglicht weitergehende Arbeitsteilung und Spezialisierung.

Moral (2)

- Bernsdorf (1969): Prozess der sozialen Differenzierung.
- Moral formuliert freiwillige Handlungs-beschränkungen, denen sich nicht alle Gesellschaftsmitglieder ständig unterwerfen.
- Moralische Regeln können **ausgebeutet** werden.
- Außenseiter, Ausbeuter oder **Trittbrettfahrer** (free rider) lösen das Problem des **Moralversagens** aus.

Gesetz (1)

- Neben die freiwilligen Handlungsbeschränkungen müssen **Sanktionierungsmechanismen** treten, die ein Fehlverhalten einzelner Gesellschaftsmitglieder begrenzen (zur Vermeidung des Rückfalls in die Anarchie = Naturzustand).
  - Das Gesetz fixiert die sozialen Regeln.
  - Verstöße gegen die sozialen Regeln werden mit **Strafen** belegt (d.h. ihre Befolgung wird mit dem staatlichen Gewaltmonopol auch zwangsweise durchgesetzt).

  Gesetze erfordern einen Gesetzgeber (Parlament bzw. **Legislative**) und Kontrollorgane (Gerichte etc.), welche die Regelbefolgung kontrollieren und auch durchsetzen.

Gesetz (2)

- Rechtsstaat mit Judikative und Exekutive
  - Legislative, Gerichtsbarkeit und Verwaltung (Organe der inneren Sicherheit etc.) verursachen Kosten: **öffentliche Ausgaben.**
  - Demgegenüber hat Moral als Instrument freiwilliger Handlungsbeschränkung den Vorteil, “kostenlos” zu sein.
  - Staatliche Institutionen dienen der Problem-lösung, können selbst aber wiederum neue Probleme auslösen (Gesetzes- oder **Staatsversagen**)

Markt (1)

- Adam Smith: Markt ist die **unsichtbare Hand.**
- Demgegenüber ist der Staat (bzw. Gesetz) die **sichtbare Hand.**
- Nutzenmaximierender homo oeconomicus: Leistungsgesellschaft mit **Leistungsgerechtigkeit** (Locke).
- Der Markt ist das Instrument zur Durchsetzung der Leistungsgerechtigkeit; die Bedarfsgerechtigkeit bedarf der staatlichen Durchsetzung (Gesetz).
- Auf den unzähligen Märkten agieren Menschen als Nachfrager (Konsumenten) und Anbieter (Produzenten).

Markt (2)

- Konsumentensouveränität:
  - Der Konsument determiniert mit seiner Nachfrage das Angebot der privaten Güter (abgestimmt über die relativen Preise).
- Produzentensouveränität:
  - Der Produzent entscheidet über die Art und die Menge der eingesetzten Produktionsfaktoren und die Produktions-technologie; er kann versuchen, über Werbung die Konsumentenpräferenzen zu beeinflussen.

Die simultanen Aktionen auf Millionen von Einzelmärkten (Gütermärkten, Arbeitsmärkten, Geld- und Kapitalmärkten) erscheinen dem Beobachter chaotisch (ungeplant), entsprechen aber den individuellen Plänen der Akteure (unsichtbare Hand).

Markt (3)

Bei öffentlichen Gütern, Umverteilung (infolge der Verfolgung der Bedarfsgerechtigkeit), Ungewissheiten und externen Effekten tritt allerdings in der Regel ein mehr oder weniger starkes **Marktversagen** auf.

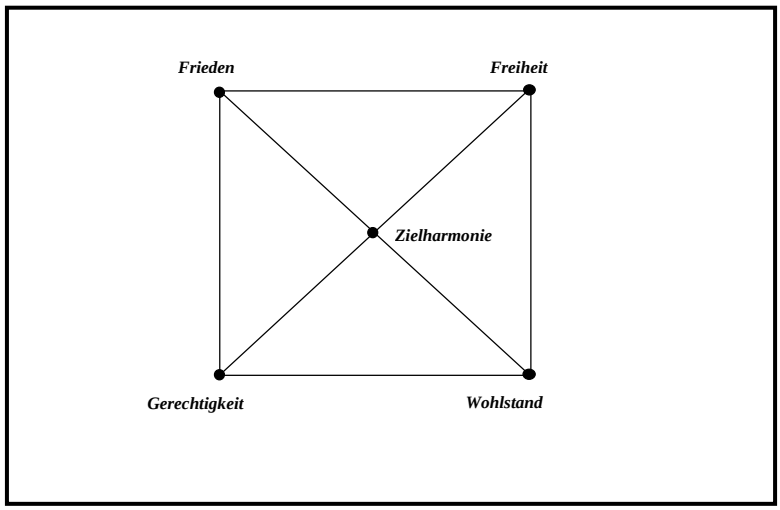
- Versagenstatbestände gibt es auf der Ebene eines jeden Instruments:
  - Familienversagen,
  - Moralversagen,
  - Staatsversagen,
  - Marktversagen.

Anzustreben ist daher ein ausgewogenen (harmonisches) Einsatzverhältnis dieser gesellschaftlichen Instrumente.

Wichtige Begriffe (Kapitel 2.7.):

- Zielebene
- Mittelebene
- Selbstorganisation
- Friedliche Koexistenz
- Sozialer Friede
- Interessenkonflikte
- Sicherheit
- Entscheidungsfreiheit
- Wahrgenommene Ungleichheit
- Soziale Gerechtigkeit
- Leistungsgerechtigkeit
- Bedarfsgerechtigkeit
- Umverteilung
- Zufriedenheit
- Neid
- Soziale Sympathie
- Solidarität
- Soziale Sicherheit
- Knappheit
- Wohlstandsoptimum (optimum optimorum)
- Nachbarschaft
- Ausbeutung
- Trittbrettfahrerverhalten (free rider)
- Sanktionen, Strafen
- Legislative
- Judikative
- Exekutive
- Öffentliche Ausgaben
- Unsichtbare Hand
- Sichtbare Hand
- Konsumentensouveränität
- Produzentensouveränität
- Familienversagen
- Moralversagen
- Staatsversagen
- Marktversagen

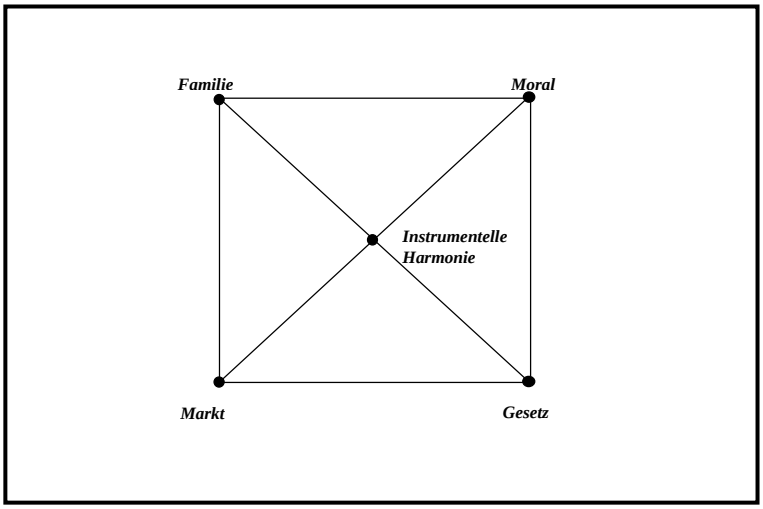
Abbildung: Das Zielquadrat



Staatstheorie: 2.7.3. Das Modell der offenen Gesellschaft (1)

85

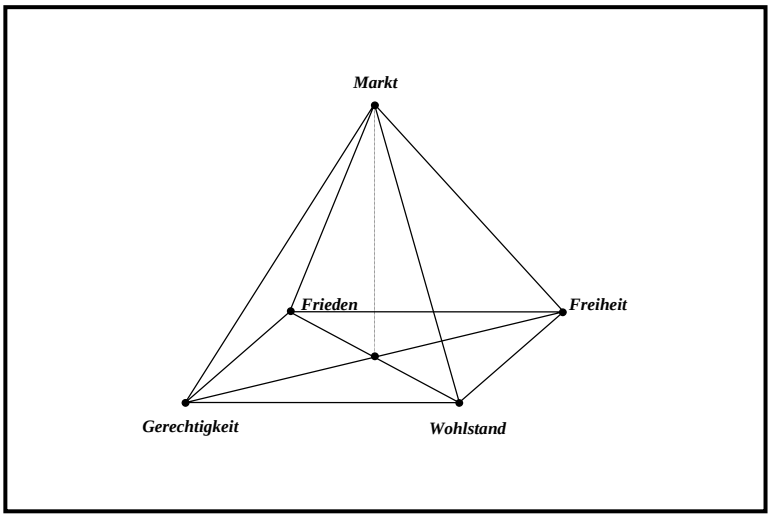
Abbildung: Das Instrumentenquadrat



Staatstheorie: 2.7.3. Das Modell der offenen Gesellschaft (2)

86

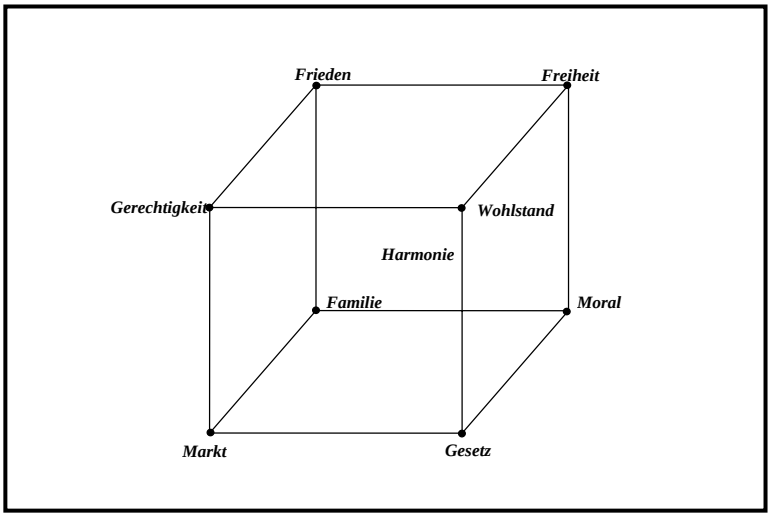
Abbildung: Die Instrumenten-Ziel-Pyramide



Staatstheorie: 2.7.3. Das Modell der offenen Gesellschaft (3)

87

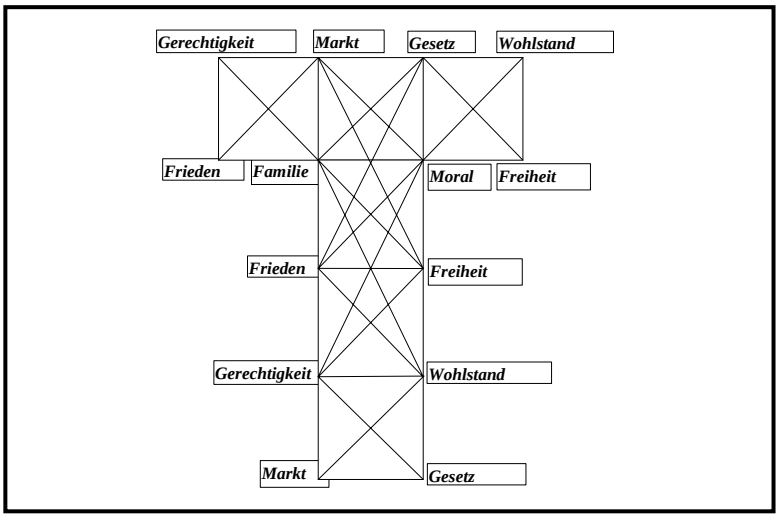
Abbildung:Der Ziel-Instrumenten-Würfel



Staatstheorie: 2.7.3. Das Modell der offenen Gesellschaft (4)

88

Abbildung: Das Ziel-Instrumenten-Würfelnetz



Staatstheorie: 2.7.3. Das Modell der offenen Gesellschaft (5)

89

Informationsgesellschaft:

- Kommunikation zwischen den Gesellschaftsmitgliedern spielt eine dominierende Rolle.
  - Probleme:
    - steigende Informationsflut (relevante Information),
    - Informationsvorsprünge,
    - Informationsbeschränkungen,
    - Informationsasymmetrien,
    - Informationsverarbeitungskapazität.

Staatstheorie: 2.8. Problematik von Information und Informationsmangel

90

Dilemma-Verhalten

- Kollektive Entscheidungsprobleme (mehrere Akteure) bei gegebenem institutionellen Rahmen
  - Wenige Akteure ⇒Gefangenendilemma (Oligopolproblem)
  - Viele Akteure ⇒Trittbrettfahrerverhalten

Spieltheorie

- Analyse von strategischen Entscheidungssituationen
  - Ergebnis hängt von den Entscheidungen mehrerer Entscheidungsträger ab.
  - Die Entscheidungsträger sind sich dieser Interdependenz bewußt und berücksichtigen sie in ihren Entscheidungen:
    - Interessenkonflikte und Koordinationsprobleme sind damit charakteristisch für strategische Entscheidungssituationen.
  - Axiomatischer Ansatz
    - Er formuliert bestimmte plausible Anforderungen (ein Axiomsystem), die jede Verhandlung erfüllen sollte.
    - Damit wird beschrieben, wie Menschen handeln würden, wenn sie sich rational verhalten.

Gefangenendilemma (1)

- Wenige Akteure (Oligopolproblem)
- Situation:
  - Zwei Strafgefangene mit hoher Straferwartung,
  - getrennte Verwahrung (kein Informationsaustausch),
  - öffentlicher Ankläger (Staatsanwalt),
  - keine Bindungsmöglichkeit, da einmaliges Spiel.
- Handlungsoptionen und ihre Konsequenzen:
  - Leugnen beide, bekommen beide aufgrund mangelnder Beweise eine geringe Strafe.
  - Gestehen beide, werden sie zusammen angeklagt, aber es wird nicht die Höchststrafe beantragt.
  - Gesteht nur einer von beiden, so wird der Geständige nach kurzer Zeit freigelassen (Kronzeuge), während der andere die Höchststrafe erhält.

Gefangenendilemma (2)

- Notation:
- Ereignismatrix
  - s_{11}: Spieler 1 gesteht nicht
  - s_{12}: Spieler 1 gesteht
  - s_{21}: Spieler 2 gesteht nicht
  - s_{22}: Spieler 2 gesteht
- Auszahlungsmatrix
  - Nutzenkombinationen der Spieler, wenn die Strategiekombination s gespielt wird.
    - z.B. (4 / 1) bedeutet, dass das Nutzenniveau des Gefangenen 1 vier ist (und damit das höchste erreichbare) und das des Gefangenen 2 eins ist (und damit das niedrigste).

Gefangenendilemma (3)

- Ereignis- und Auszahlungsmatrix

Spieler 2 / Spieler 1	Nicht Gestehen	Gestehen (dominante Strategie)
Nicht Gestehen	1 Jahr für 1 , 1 Jahr für 2 (3 / 3)	10 Jahre für 1 , 3 Monate für 2 (1 / 4)
Gestehen (dominante Strategie)	3 Monate für 1 , 10 Jahre für 2 (4 / 1)	8 Jahre für 1 , 8 Jahre für 2 (2 / 2)

Gefangenendilemma (4)

- Spielregel:
  - Beide Gefangenen wählen ihre Strategie gleichzeitig, ohne die Wahl des Mitspielers zu kennen.
  - Nicht-kooperative Spielsituation.
- Lösungskonzept:
  - Jedem Gefangenen die Wahl der dominanten Strategie empfehlen,
  - dominante Strategie (Strategie, die jeder beliebigen Wahl des anderen „Spielers“ den dann höchsten möglichen Nutzen stiftet),
  - Gestehen ist hier die dominante Strategie. Es ist individuell rational, zu gestehen.

Gefangenendilemma (5)

- Auch wenn die Gefangenen vor ihrer Entscheidung in Kontakt treten könnten, würde sich die gleiche Lösung (beide gestehen) ergeben.
- Bei einer Vereinbarung zwischen den Gefangenen darüber, dass beide nicht gestehen, hat jeder einen Anreiz, von der Vereinbarung abzuweichen (und damit eine niedrigere Strafe zu erhalten).
- „Gestehen“ ist damit die dominante Strategie; die kooperative Strategie (beide leugnen) ist nicht aus sich selbst heraus durchsetzbar.
- Können die Spieler hingegen bindende Abmachungen treffen, ist kooperatives Verhalten möglich.

Gefangenendilemma (6)

- Ergebnis: Die nicht-kooperative Strategie (beide gestehen) setzt sich durch. Diese Lösung ist nicht Pareto-optimal, da sich durch kooperatives Verhalten beide Gefangenen besser stellen könnten. Beide Gefangenen erhielten bei Wahl der kooperativen Strategie nur ein Jahr Gefängnis, bei der Wahl der dominanten Strategie (individuell rationales Verhalten) jedoch bekommen beide acht Jahre.

Nash-Gleichgewicht (1)

- Spiel ohne dominante Strategien

	s_{21}	s_{22}	s_{23}
s_{11}	(8,-8)	(1,1)	(-8,8)
s_{12}	(1,1)	(2,2)	(1,1)
s_{13}	(-8,8)	(1,1)	(8,-8)

Nash-Gleichgewicht (2)

- Bei Spielen ohne dominante Strategie hängt die beste Strategie für einen Spieler davon ab, wie sich der Gegenspieler verhält. Wählt Spieler 2 etwa s_{21}, ist s_{11} für Spieler 1 die beste Lösung, bei s_{22} ist es s_{12}.
- Nash-Gleichgewicht: wechselseitig beste Antworten
- Im Beispiel ist (s_{12} ,s_{22}) ein Nash-Gleichgewicht, da für keinen Spieler ein Grund besteht, von seiner Strategie abzuweichen, vorausgesetzt der andere Spieler hält sich an den Vorschlag.
- Dagegen ist etwa (s_{11} ,s_{21}) kein Nash-Gleichgewicht. s_{11} ist zwar die beste Antwort auf s_{21}. Würde aber Spieler 1 s_{11} spielen, dann würde Spieler 2 sich durch die Wahl von s_{23} besser stellen: Unter der Voraussetzung, dass s_{11} gespielt wird, wäre s_{21} keine nutzenmaximale Entscheidung.

Beispiel 1 Gefangenendilemma

- Kartellabsprachen in einem Dyopol
- Zwei Produzenten treffen geheime Kartellabsprachen, um durch Einschränkung ihrer Produktion einen höheren Gewinn zu erzielen. Im Konkurrenzkampf konnten die Unternehmen bisher einen Gewinn von 10 erzielen, mit der Absprache jedoch einen Gewinn von 50.
- Wenn sich jedoch Produzent A (Produzent B) nicht an die Abmachung hält und mehr produziert als vereinbart, kann der Gewinn von A (von B) auf 100 erhöht werden. Der Gewinn von B (von A) wäre dann Null, würde dieser die Kartellvereinbarung einhalten.
- Die Absprache nicht einzuhalten ist für jeden Produzenten die dominante Strategie.
- Trotz Kommunikation erfolgt keine Kooperation, weil bindende Vereinbarungen nicht möglich sind.

Kartellabsprachen in einem Dyopol

- Auszahlungsmatrix

	s_{21}	s_{22}
s_{11}	(50,50)	(0,100)
s_{12}	(100,0)	(10,10)

Beispiel 2 Gefangenendilemma

- Bereitstellung öffentlicher Güter
- Bei reinen öffentlichen Gütern gilt das Prinzip der Nichtrivalität : die Nutzung durch einen Konsumenten beeinträchtigt nicht die Nutzung durch einen anderen.
- Die Bereitstellung öffentlicher Güter erfolgt durch den Marktmechanismus nicht effizient, weil es individuell rational ist, sich als Trittbrettfahrer (nicht bezahlen, trotzdem nutzen, s.u.) zu verhalten, da das Gut auch ohne eigenen Zahlungsbeitrag genutzt werden kann.
- Beispiel: Zwei Personen werden befragt, ob sie die Einrichtung eines öffentlichen Parks befürworten und bereit sind, dafür zu bezahlen. Die Errichtung kostet €120.

Bereitstellung öffentlicher Güter (1)

- Mögliche Ergebnisse:
  - Beide stimmen der Errichtung zu und jeder trägt die Hälfte der Kosten.
  - Es stimmt nur einer zu und trägt die gesamten Kosten.
  - Keiner stimmt zu und der Park wird nicht gebaut.
- Die Zahlungsbereitschaft betrage für jeden jeweils €110. In der Matrix sind die Nettonutzen (Zahlungsbereitschaft minus Zahlungsbeitrag) der Befragten dargestellt.

	s_{21}	s_{22}
s_{11}	(50,50)	(-10,110)
s_{12}	(110,-10)	(0,0)

Bereitstellung öffentlicher Güter (2)

- Der Errichtung des Parks nicht zuzustimmen ist die dominante Strategie für beide. Als Konsequenz wird der Park nicht errichtet.
- Beide würden besser gestellt, wenn jeder verpflichtet würde, die Hälfte der Errichtungskosten zu übernehmen.
- Die in der Praxis fehlende Information über die wahre Zahlungsbereitschaft der Individuen erschwert die effiziente Bereitstellung öffentlicher Güter.

Wiederholte Spiele

- Gefangenendilemma kommt nicht aufgrund von mangelnder Kommunikation zustande, sondern weil die Möglichkeit fehlt, bindende Verträge einzugehen.
- Dennoch können langfristige Interessen den kurzfristigen Anreiz nicht-kooperativen Verhaltens überwiegen. Damit besteht ein Anreiz zur Kooperation.
- Beispiel: Bei Kartellvereinbarungen wird auf kurzfristige Gewinne verzichtet, wenn die langfristigen Vorteile aus dem Fortbestehen des Kartells überwiegen.
- Mehrperiodenstrategie: „Tit-for-Tat“ Strategie („Auge um Auge, Zahn um Zahn“). Zunächst liegt kooperatives Verhalten vor. Verhält sich der andere nicht-kooperativ, so wird in der nächsten Periode mit nicht-kooperativem Verhalten reagiert.

Dilemma-Verhalten (1)

- ***Viele Akteure*** ⇒ **Trittbrettfahrerverhalten**

  Öffentliche Güter sind in den Präferenzen der Bürger angelegt. Wenn diese ihre Präferenzen frei äußern, können Sie entsprechend ihrer Nutzenvorteile (aus dem Konsum der öffentlichen Güter) zu deren Finanzierung herangezogen werden.
  - Strategisches Verhalten:
    - "wahre" Präferenzen werden verborgen,
    - Zahllasten werden vermieden,
    - Hoffnung, dass andere Bürger Präferenzen bekunden,
    - dann die öffentlichen Güter umsonst mitkonsumieren.

Dilemma-Verhalten (2)

- Problem:
  - Strategisches Verhalten greift infolge von Lerneffekten um sich, so dass das Angebot öffentlicher Güter nicht zustande kommt.
  - Verzerrte Informationsvermittlung führt zu Wohlstandsverlusten.
- Asymmetrische Information ⇒ **adverse selection**
  - Selektion "schlechter Risiken" oder Risikoselektion in privaten Versicherungssystemen ***vor Abschluss*** eines Versicherungsvertrags.
  - Informationsmängel über die individuellen Risikosituationen führt dazu, dass sich vor allem schlechte Risiken versichern.

  ⇒ ungenügender Risikoausgleich = Existenzbedrohung für privates Versicherungssystem

Dilemma-Verhalten (3)

- Asymmetrische Information $\Rightarrow$ **moral hazard**
  - Informationsvorteile für die Versicherten **nach Abschluss** eines Versicherungsvertrages
  - Mancur Olson: Logik kollektiven Handelns (Gruppentheorie)

  Grundsätzlich Interesse aller Versicherten an niedrigen Kosten (Prämie); aber
  - Versicherter löst den Schadensfall durch eigene Handlung aus (Versicherungsbetrug):
    - Mehrkosten der Versicherung verteilt sich auf große Zahl der Versicherten (Mitspieler),
    - der Anteil für den Versicherten mit moralischem Risikoverhalten ist umso geringer je größer die Versichertengemeinschaft ist.

Dilemma-Verhalten (4)

- Asymmetrische Information $\Rightarrow$ **moral hazard**

  Ertrag des Betrugs > individuelle Beitragserhöhung
  - Gefahr für
    - Individualversicherungen
    - Sozialversicherungen
  - Moral hazard wird auch von **Interessengruppen** ausgeübt:
    - Angebot bestimmter Güter oder Zahlung von Transfers, die von den Bürgern als Gemeinschaft finanziert werden
      - **Ausbeutung**
      - **Anspruchsverhalten**

Dilemma-Verhalten (5)

- Puviani (1912): Die Bürger sind der Meinung, dass der Staat wie eine Kuh sei, die im Himmel gefüttert und auf Erden gemolken wird.
- In den Dilemma-Situationen führt ein am Egoismus ausgerichtetes Verhalten nicht zu einem gesamtgesellschaftlichem Optimum, sondern es resultieren Wohlstandsverluste oder es wird ausgebeutet.
- Auswege:
  - Moral und Ethik zur Überwindung der Dilemma-Verhaltensweisen,
  - effizientes institutionelles Design, bei dem zwar Transaktionskosten entstehen, die aber die Kosten des Dilemma-Verhaltens wesentlich reduzieren.

Principal-Agent-Problematik (1)

- Informationsasymmetrien bei Auftragsverhältnissen
  - Prinzipal ist Auftraggeber,
  - Agent ist Auftragnehmer.

  Unproblematisch, sofern
  - Agent identische Präferenzen wie Prinzipal hat,
  - Agent sich altruistisch verhält.

  Problematisch bei egoistischem Verhalten des Agenten:
  - Separierung von Handlungsergebnis und Umwelteinfluss,
  - Prinzipal kann Handlung weder vollständig noch kostenfrei kontrollieren.

Principal-Agent-Problematik (2)

- Coase:
  - Theorie der Unternehmung (***positive Agency-Theorie***):
    - Trennung von Eigentum und Entscheidungsbefugnissen
      - Gewinnabschöpfung des Agenten (zu hohe Kosten),
      - Entlohnungsmechanismen des Managements (Anreize),
      - Gewinnbeteiligung, aber besser: Kapitalbeteiligung (Verluste).

Principal-Agent-Problematik (3)

- Normative Agency-Theorie
  - Effiziente Gestaltung von Vertragsbedingungen:
    - Überwachungskosten,
    - Kontrollkosten,
    - Residualverluste (Nutzeneinbußen des Prinzipals = Opportunitätskosten).

  Probleme treten in allen hierarchischen Organisationen auf
  - Präferenzen der Prinzipale vs. Präferenzen der Agenten
    - politische Parteien
    - Interessengruppen
    - Gewerkschaften
    - Unternehmerverbände

Principal-Agent-Problematik (4)

- Beispiele:
  - Insider-Outsider Problematik
  - Mitbestimmung versus Beteiligungslohn
  - Wettbewerbspolitische Ausnahmebereiche
  - Demokratie als mehrstufiges P-A-Problem (siehe unten)

Rent-seeking-Problematik (1)

- Ricardo:
  - natürliche Renten (Ergebnis der Marktkräfte)
    - Differentialrente (aus unterschiedlichen Bodenqualitäten)
    - Knappheitsrenten

  demgegenüber
  - künstliche Renten (geplante, Ergebnis politischer Interventionen)
    - Handelsbeschränkungen
    - Transfers
    - Subventionen
    - Öffentliche Ämter
    - gesetzliches Monopol

Rent-seeking-Problematik (2)

Bei Überhandnehmen: **Rent-seeking Society**

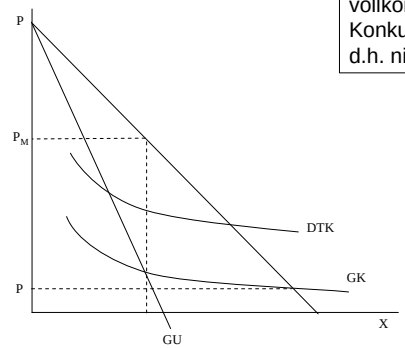
Verwandt: Bestechung und Korruption

Künstliche Renten führen zu Wohlfahrtsverlusten

- **Natürliches Monopol** (historisch, faktisch eher künstlich/gesetzlich):
  - Sinkende Durchschnittskosten,
  - Subadditivität der Kostenfunktionen (ein Anbieter kann zu günstigeren Kosten produzieren als mehrere),
  - Preisbildung zu Grenzkosten führt zu Verlusten.

Abbildung: Natürliches Monopol

p=GK. Lösung bei vollkommener Konkurrenz. DTK>GK, d.h. nicht kostendeckend.



Natürliches Monopol

- Beschreibung:
  - DTK = durchschnittlich totale Kosten
  - GK = Grenzkosten
  - GU = Grenzumsatz (-erlös)
- Wenn p = GK, dann ist die Konsumentenrente maximiert (Wohlstandsoptimum)
- Wenn GU = GK, Cournotlösung mit Monopolpreis p_m
- p_m - p = Rente
- Bei p bleibt Verlust (in Höhe der fixen Kosten; DTK > GK)
- P = Arbeitspreis
- Deckung der fixen Kosten über Grundpreis

Sonstige institutionenökonomische Ansätze (1)

- Transaktionskostenökonomik (siehe oben)
- Konstitutionelle Ökonomik (siehe 2.7.)
- **Property rights** (Eigentums- und Verfügungsrechte)
  - Bündel von Verfügungsrechten bei der Nutzung einer Ressource
    - Alle Ressourcen im Privatbesitz, wobei Verfügungsrechte eindeutig definiert sind.
    - Die Rente aus dem Eigentum fließt nur an den Eigentümer, m.a.W. dürfen keine externen Effekte bestehen.
    - Alle property rights müssen frei handelbar und übertragbar sein.
    - Alle property rights müssen unbeschränkt durchsetzbar sein, d.h., keiner ist gehindert, seine Rechte auszuüben.

Sonstige institutionenökonomische Ansätze (2)

- In der realen Welt sind diese Bedingungen nicht erfüllt:
  - Freie Güter (common property resource)
  - Verschmutzungs- und Übernutzungsprobleme
  - = Umweltprobleme und ”Tragödie der Allmende”

Vertragstheorie

- Klassische Verträge: bindende Vereinbarung über Leistungen und Gegenleistungen (Äquivalenz)
- Relationale Verträge: beziehen das soziale Gefüge mit ein (z.B. Ehe, Arbeitsvertäge, die moralische Komponenten umfassen)

Wichtige Begriffe (Kapitel 2.8.):

- Informationsgesellschaft
- Gefangenendilemma
- Kooperatives Spiel
- Trittbrettfahrerverhalten
- Adverse selection (Risikoselektion)
- Risikoausgleich
- Moral hazard (moralisches Risikoverhalten)
- Versicherungsbetrug
- Interessengruppen
- Ausbeutung
- Anspruchsverhalten
- Agency-Theorie
- Natürliche Rente
- Künstliche Rente
- Rent-seeking Society
- Natürliches Monopol
- Property rights
- Vertragstheorie
- Relationale Verträge

Rechtfertigung staatlicher Intervention
Wohlfahrtstheoretische Grundlegung
Abbildung: Transformationskurve

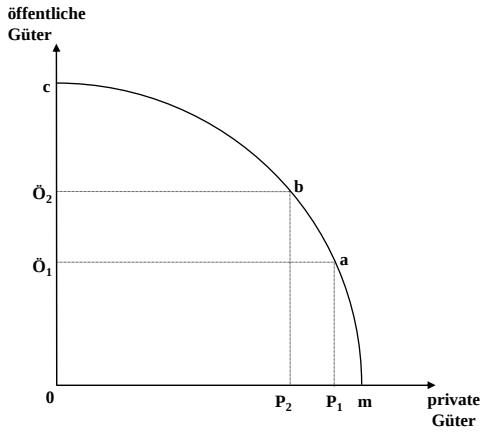
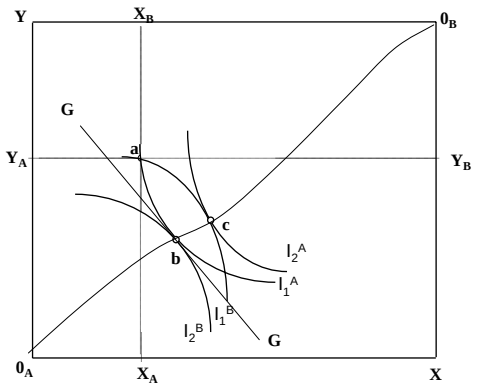


Abbildung: Edgeworth-Box (Tausch-Effizienz)

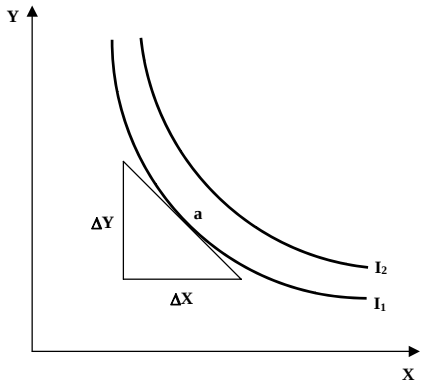


Kontraktkurve als geometrischer Ort der Gleichheit der Grenzraten der Substitution

Staatstheorie: 3.1.1. Tausch-Effizienz (1)

125

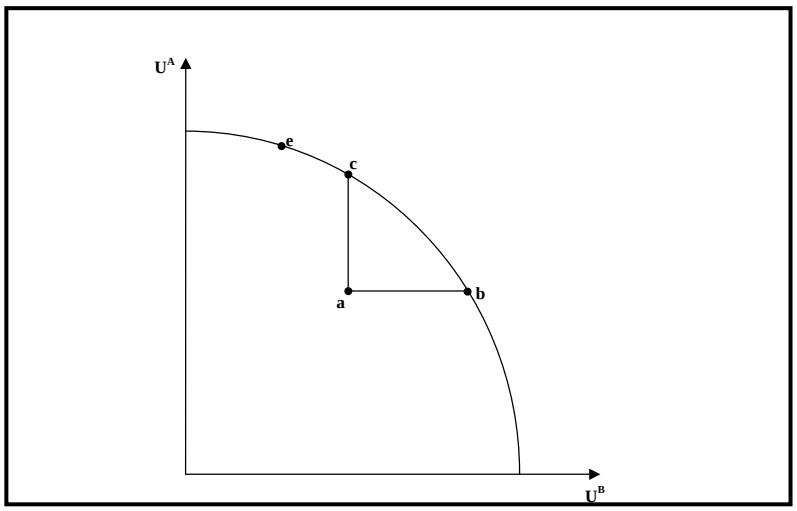
Abbildung: Indifferenzkurve



Staatstheorie: 3.1.1. Tausch-Effizienz (2)

126

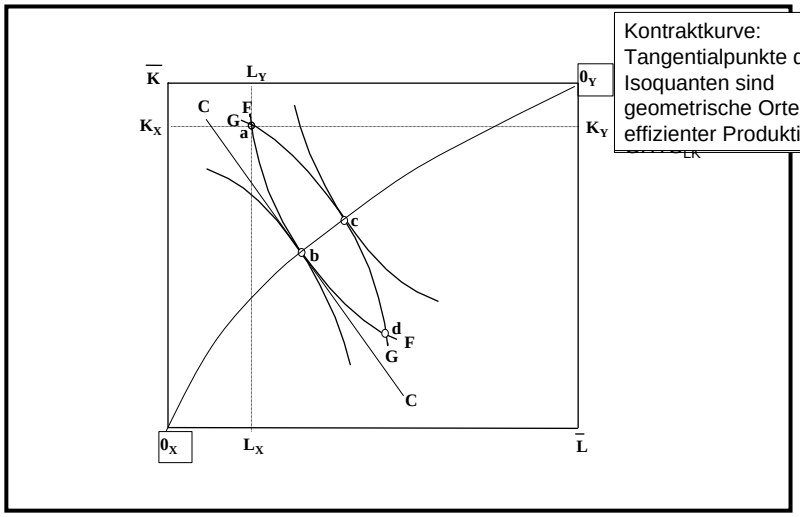
Abbildung: Nutzenmöglichkeitskurve



Staatstheorie: 3.1.1. Tausch-Effizienz (3)

127

Abbildung: Edgeworth-Box (Produktions-Effizienz)

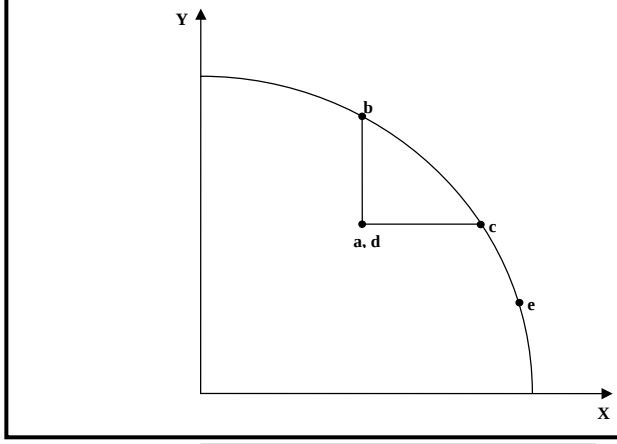


Kontraktkurve: Tangentialpunkte der Isoquanten sind geometrische Orte effizienter Produktion.

Staatstheorie: 3.1.2. Produktions-Effizienz (1)

128

Abbildung: Produktionsmöglichkeitenkurve

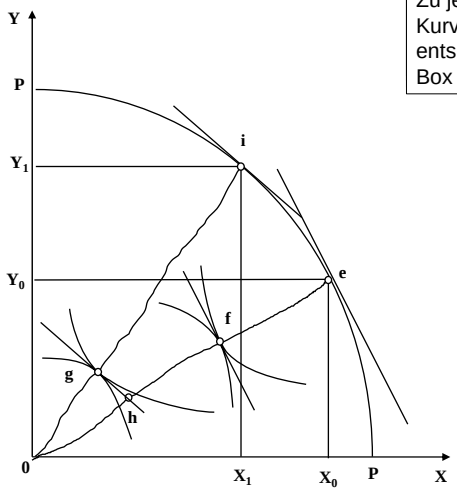


Staatstheorie: 3.1.2. Produktions-Effizienz (2)

129

Abbildung: Pareto-Effizienz

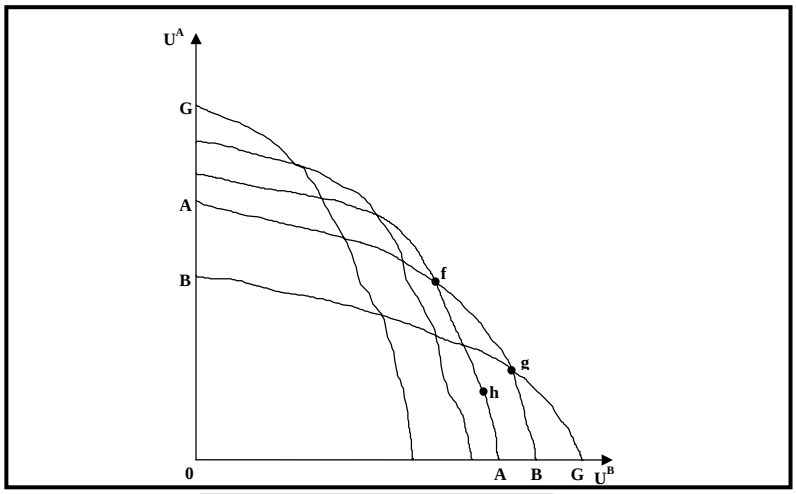
Zu jedem Punkt auf der PP-Kurve gibt es eine entsprechende Edgeworth-Box



Staatstheorie: 3.1.3. Pareto-Effizienz (1)

130

Abbildung: Schar der Nutzenmöglichkeitskurven und die Envelope



Staatstheorie: 3.1.3. Pareto-Effizienz (2)

131

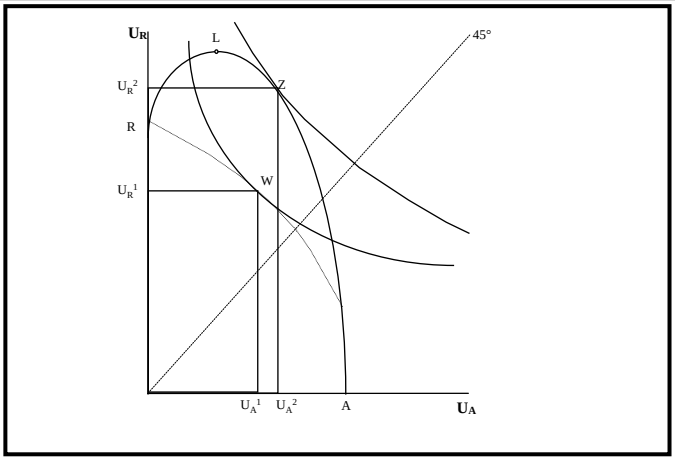
Nutzenmöglichkeitskurve, Altruismus und Neid

- NMK bei Altruismus der Familie R
- NMK bei gegenseitigem Altruismus
- NMK bei Neid der Familie A
- NMK bei gegenseitigem Neid
- NMK bei Egoismus, Altruismus und Neid
- NMK bei phasenweise gegenseitigem Neid und Altruismus

Staatstheorie: 3.2.2. Nutzenmöglichkeitskurve, Altruismus und Neid (1)

132

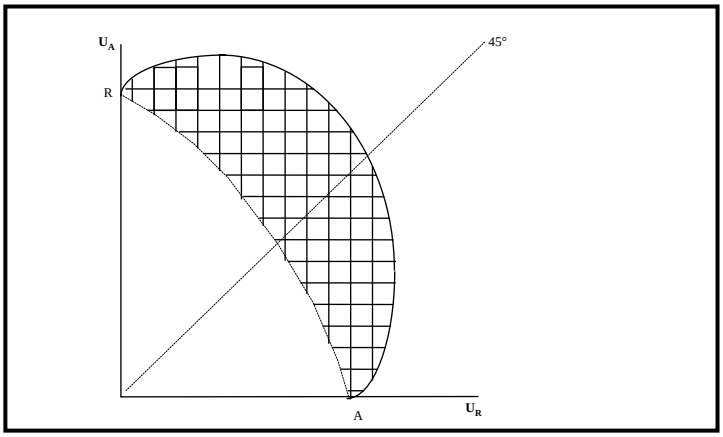
Abbildung: Nutzenmöglichkeitskurve bei Altruismus der Familie R



Staatstheorie: 3.2.2. Nutzenmöglichkeitskurve, Altruismus und Neid (2)

133

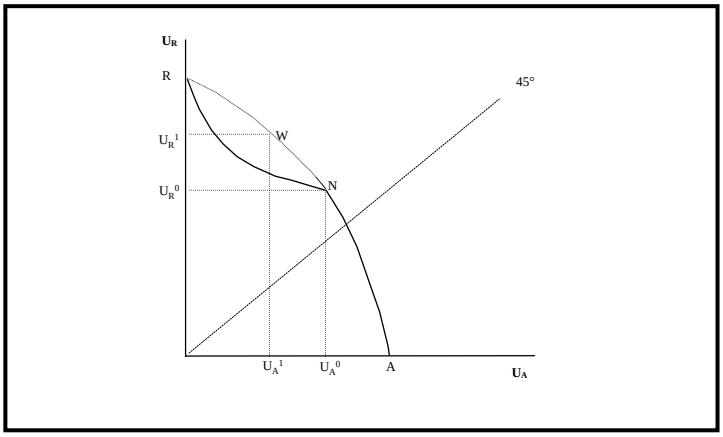
Abbildung: Nutzenmöglichkeitskurve bei gegenseitigem Altruismus



Staatstheorie: 3.2.2. Nutzenmöglichkeitskurve, Altruismus und Neid (3)

134

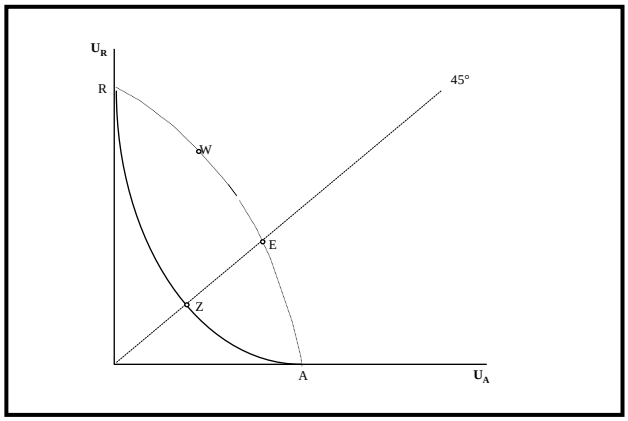
Abbildung: Nutzenmöglichkeitskurve bei Neid der Familie A



Staatstheorie: 3.2.2. Nutzenmöglichkeitskurve, Altruismus und Neid (4)

135

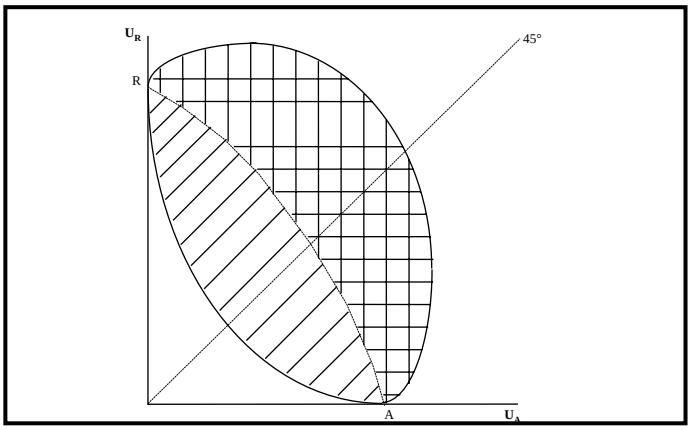
Abbildung: Nutzenmöglichkeitskurve bei gegenseitigem Neid



Staatstheorie: 3.2.2. Nutzenmöglichkeitskurve, Altruismus und Neid (5)

136

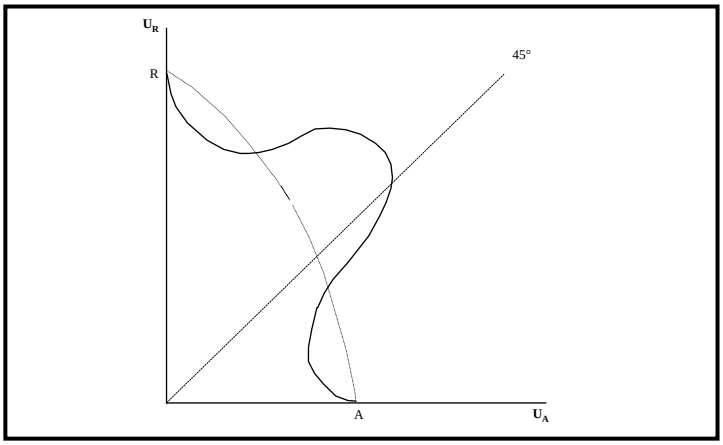
Abbildung: Nutzenmöglichkeitskurven bei Egoismus, Altruismus und Neid



Staatstheorie: 3.2.2. Nutzenmöglichkeitskurve, Altruismus und Neid (6)

137

Abbildung: Nutzenmöglichkeitskurve bei phasenweise gegenseitigem Neid und Altruismus



Staatstheorie: 3.2.2. Nutzenmöglichkeitskurve, Altruismus und Neid (7)

138

Utilitaristische Wohlfahrtsfunktion (1)

- Bentham
  - geht davon aus, dass alle Menschen danach streben, Glück und Wohlergehen zu erlangen (Hedonismus),
  - „größtes Glück der größten Zahl“.

  $\Rightarrow$ *Bentham*sche Wohlfahrtsfunktion SW_B addiert die einzelnen Nutzenpositionen auf:

  $$SW_B = U_1 + U_2 + ... + U_n = \text{max !}$$

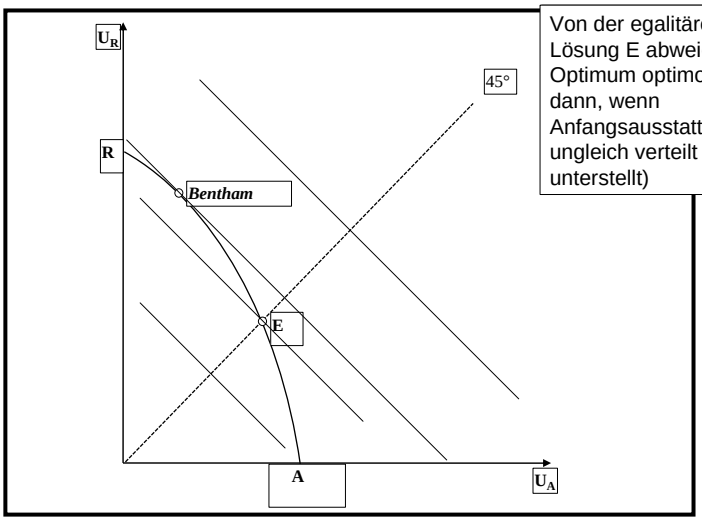
  bzw.

  $$SW_B = \sum_{i=1}^{n} U_i = \text{max !}$$

Utilitaristische Wohlfahrtsfunktion (2)

- Bentham
  - Kritik:
    - Verteilung der Individualnutzen bleibt unberücksichtigt,
    - physisches Existenzminimum ist nicht für alle gesichert (theoretisch Wohlfahrtsmaximum möglich, in dem eine oder mehrere Personen keinen Nutzen empfangen).
    - Soziales Engagement dieser Wohlfahrtsfunktion sehr gering.

Abbildung: Optimum optimorum bei Benthamscher sozialer Indifferenzkurve



Von der egalitären Lösung E abweichendes Optimum optimorum nur dann, wenn Anfangsausstattung ungleich verteilt war (hier unterstellt)

Nash-Wohlfahrtsfunktion

- Spieltheoretische Ableitung aus Verhandlungslösung zweier Partner
  - individuelle Nutzenfunktionen sind multiplikativ verknüpft

  $\Rightarrow SW_N = U_1 * U_2 * ... * U_n = max !$

  oder

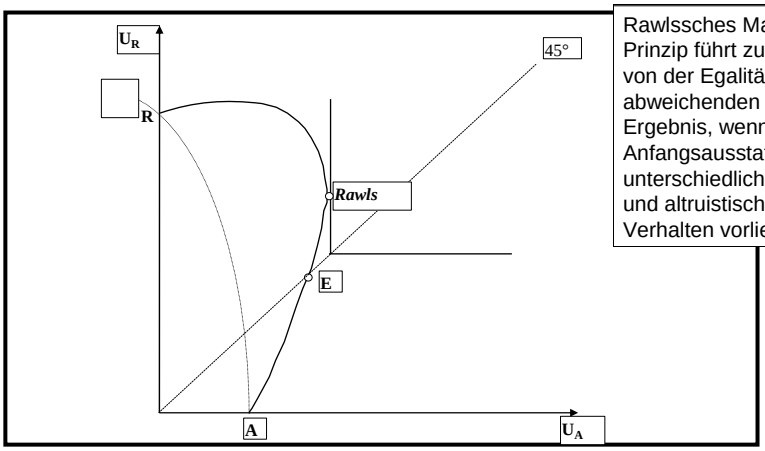
  $SW_N = \prod_{i=1}^{n} U_i = max !$
  - Schließt aus, daß der Individualnutzen eines Gesellschaftsmitgliedes null oder negativ ist.
  - Höheres Ausmaß an sozialem Engagement als Benthamsche Wohlfahrtsfunktion.

Rawls-Wohlfahrtsfunktion (1)

- Rawlsscher Ansatz von Gerechtigkeit beruht auf sozialer Fairness: Vorteile des einen sollen nicht zu Lasten der anderen Gesellschaftsmitglieder gehen.
- Urzustand: „Schleier des Nichtwissens“ für alle Individuen.
- Soziale Wohlfahrtsfunktion maximiert den Nutzen des am schlechtesten gestellten Gesellschaftsmitgliedes:

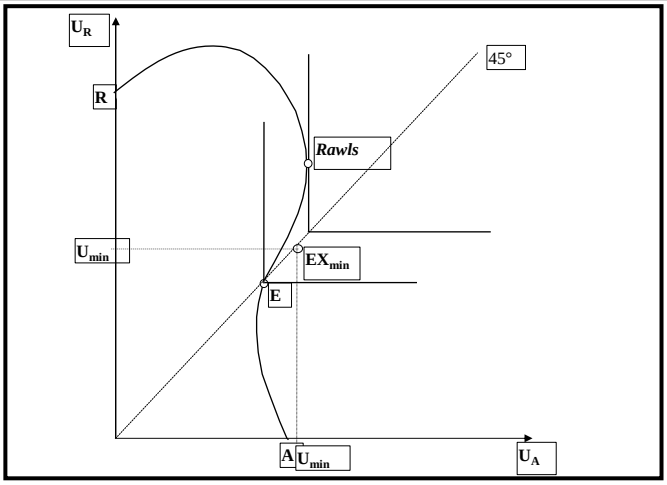
  $SW_R = \max \min (U_1,..., U_n)$
- Optimum optimorum stimmt bei rein egoistischem Verhalten mit der egalitären Lösung überein.
- Bei ungleichen Anfangsausstattungen und Altruismus höheres Nutzenniveau als bei egalitärer Lösung.

Abbildung: Optimum optimorum bei Rawlsscher sozialer Indifferenzkurve und gegenseitigem Altruismus



Rawlssches Maximin-Prinzip führt zu einem von der Egalität abweichenden Ergebnis, wenn die Anfangsausstattungen unterschiedlich sind und altruistisches Verhalten vorliegt.

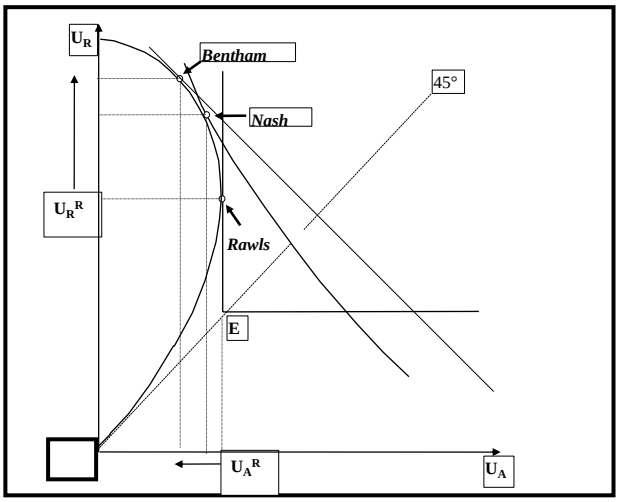
Abbildung: Optimum optimorum bei Rawlsscher sozialer Indifferenzkurve, Altruismus und Neid



Rawls-Wohlfahrtsfunktion (2)

- Stärkere Egalitätspräferenz als bei Nash- und insbesondere Bentham-Funktion.
- Soll physisches Existenzminimum Ex_{min} gesichert sein, kommen für U_{min} nur Lösungen nordöstlich von Ex_{min} in Frage.
- Rawlssche Lösung: Streben nach einem möglichst hohen sozio-kulturellen Existenzminimum.

Abbildung: Entwicklungspfad, Rawlssche, Benthamsche und Nash soziale Indifferenzkurven



Staatstheorie: 3.2.4. Typen sozialer Wohlfahrtsfunktionen (9)

147

Kollektivistische Soziale Wohlfahrtsfunktionen

- Nicht nur Individualnutzen, sondern Nutzendifferenzen zwischen Gesellschaftsmitgliedern oder kollektive Nutzengrößen von Bedeutung.
- Prinzip des Nutzenausgleichs (egalitäres Prinzip).
- **Nozick**: Berücksichtigung des „trade-off“ zwischen Nutzendifferenzen und Nutzenniveau (gewichtete Nutzendifferenz als Argument in der Wohlfahrtsfunktion)

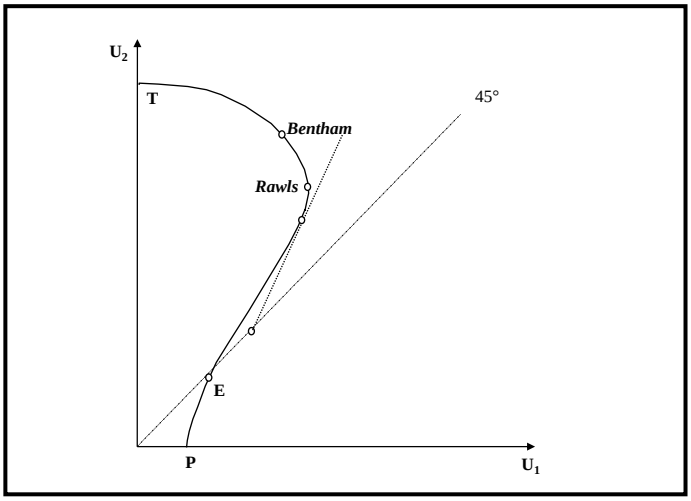
  $SW = U_1 - \alpha\ (U_2 - U_1)$, mit α: Ausmaß der tolerierten Nutzendifferenzen

  $\Rightarrow$ soziale Indifferenzkurve steiler als 45°-Linie. Soziales Optimum liegt zwischen E und der Rawls-Lösung.

Staatstheorie: 3.2.4. Typen sozialer Wohlfahrtsfunktionen (10)

148

Abbildung: Egalitäre soziale Präferenzen



Staatstheorie: 3.2.4. Typen sozialer Wohlfahrtsfunktionen (11)

149

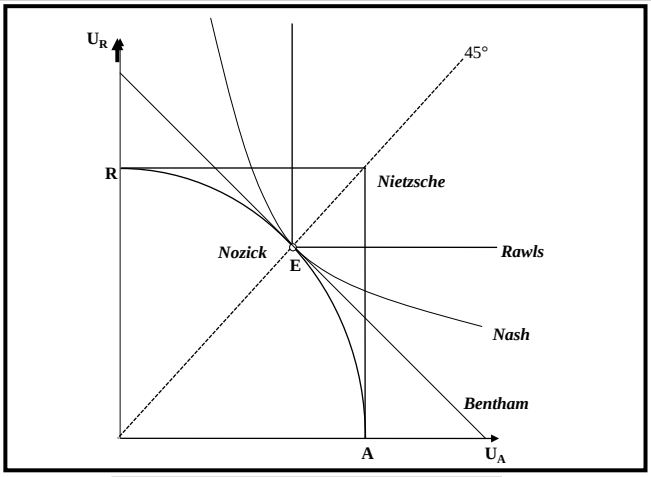
Trade-off-Problematik (1)

- Materielle Präferenzen ⇔ Ethische Vorstellungen
- Soziale Wohlfahrtsfunktionen als Werturteil über die bevorzugte Verteilung des gesellschaftlichen Wohlstands
- Abstimmung über die Wahl einer sozialen Wohlfahrtsfunktion:
  - Zwei-Personen-Modell
  - Abstimmung nach dem Mehrheitsprinzip (Mehrheit nur bei Einstimmigkeit möglich)
- Ergebnis bei völliger Gleichheit (hinsichtlich Faktorausstattung und Präferenzen):
  - Bentham-, Nash- und Rawls-Funktion: egalitäre Lösung
  - Nozicks Minimalstaat: ebenfalls egalitäre Lösung
  - Nietzsche Wohlfahrtsfunktion (Maximax-Wohlfahrtsfunktion): Randlösungen A und R; keine kooperative Lösung.

Staatstheorie: 3.3. Trade-off-Problematik (1)

150

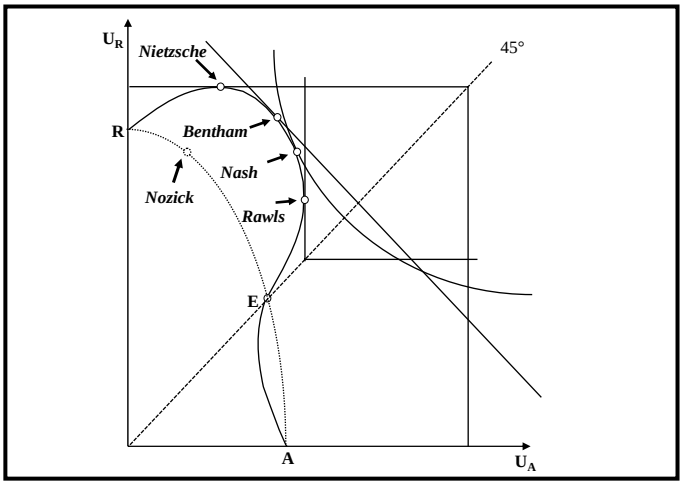
Abbildung: Die sozialen Indifferenzkurven bei völliger Gleichheit im Urzustand



Staatstheorie: 3.3. Trade-off-Problematik (2)

151

Abbildung: Die sozialen Indifferenzkurven der neueren normativen Staatstheorien bei Altruismus und Neid



Staatstheorie: 3.3. Trade-off-Problematik (3)

152

Trade-off-Problematik (2)

- Modelle mit Personengruppen: Staatliche Intervention (Staat als Umverteilungsagent) kann erforderlich werden, obwohl Umverteilung gewollt ist.
- Modell 1 (gleiche Gruppensärke):
  - Reiche Gruppe und arme Gruppe; Nutzenniveaus innerhalb der beiden Gruppen sollen gleich sein und Gruppen sollen gleich groß sein.
  - Probleme:
    - Informationsmangel ⇒ Konzentration freiwilliger Transfers auf einige wenige Arme
    - Transfererschleichung seitens der Armen
    - Trittbrettfahrerverhalten auf Seiten der Reichen

    ⇒ Altruistisches Verhalten instabil. Versagt die moralische Regel, wird staatlicher Zwang erforderlich.
  - Demokratischer Lösungsraum: Von der Nietzsche-Lösung bis zur Rawls-Lösung.

Trade-off-Problematik (3)

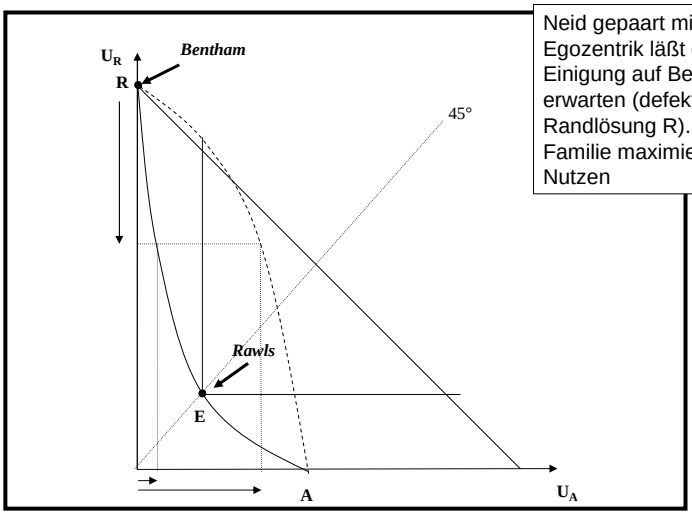
- Modell 2 (ungleiche Gruppenstärke): Reiche und arme Gruppe; kleine Gruppe Reicher und große Gruppe Armer
  - Linie der Gleichverteilung verläuft steiler als die 45°-Linie
  - Arme haben von vornherein demokratische Mehrheit
    - Buchanan (in Buchanans und Wagners „Democracy in Deficit“ (1977)): Ausbeutung der Reichen durch die Armen.
  - Aber: Verhaltensanpassungen der Reichen bei starker egalitärer Tendenz ⇒ abnehmender gesellschaftlicher Kapitalstock (Kapitalmobilität + Mob. der Wohlhabenden).

  ⇒ Ist die Mehrheit für egalitäre Lösungen, so muß diese auch die Kosten in Form hoher Wohlstandseinbußen tragen.

Neidgesellschaft

- Bei Neid und Egozentrik: Einigung auf Benthamsche Wohlfahrtsfunktion
  - Realisierung der Randlösungen R oder A. Jede Gruppe versucht, auf Kosten der anderen ihren Nutzen zu maximieren.

Abbildung: Das Wohlstandsoptimum in einer Neidgesellschaft



Neid gepaart mit Egozentrik läßt eine Einigung auf Bentham erwarten (defektive Randlösung R). Die reiche Familie maximiert ihren Nutzen

Marktversagen
Partielles Marktversagen

(1) Verhinderung des freien Marktzutritts bzw. -austritts durch die industrielle Organisation (z.B. versunkene Kosten), so dass allokative und distributive Abweichungen gegenüber einer Situation des freien Wettbewerbs (vollkommene Konkurrenz) auftreten (monopolistische Marktbeherrschung).

(2) Ballung von Produktionsfaktoren und -prozessen in Sektoren, die abnehmenden Kosten (Kostendegression) gegenüber stehen, mit der Gefahr der Monopolbildung (natürliches Monopol).

(3) Auftreten externer Effekte (Erträge und Kosten), die sich in der privatwirtschaftlichen Kostenrechnung nicht niederschlagen.

(4) Unterschiede im öffentlichen und privaten Risiko, vor allem den Zeitpräferenzen; d.h. insbesondere in der Divergenz zwischen der sozialen Zeitpräferenzrate und dem Marktzinssatz.

Staatliche Regulierung bei partiellem Marktversagen

- Ziel: Beeinflussung der Marktstruktur und/oder des Marktergebnisses in eine aus sozialen, ökonomischen, ökologischen oder anderen politischen Gründen erwünschte Richtung.
- Marktinkonforme Regulierung: hohe Eingriffsintensität in das Marktgeschehen; Marktvariablen (Preise und Mengen) werden durch staatliche Vorgaben fixiert.
- Marktkonforme Verhaltensregulierung: Bestimmte Verhaltensweisen sollen positiv beeinflußt werden.

Güterkategorien

- Freie Güter
- Private Güter
- Öffentliche Güter
  - Reine öffentliche Güter
  - Begrenzte öffentliche Güter
- Meritorische Güter
- Demeritorische Güter

Freie Güter

- Nicht produziert.
- Unterliegen (unterlagen) keinen Knappheitsbedingungen.
- Weisen hohe positive externe Effekte auf.

  Beispiele: Luft, Wasser, Boden (Ubiquitäten oder Umweltmedien).
- Grenzkosten der Bereitstellung sind (waren) Null.
- Umweltmedien (Luft, Wasser, Boden) werden zunehmend zu knappen Gütern.

Private Güter

- Sind meistens produziert.
- Unterliegen Knappheitsbedingungen.
- Haben hohe positive interne Effekte (subjektiver Nutzen, die der einzelne Konsument einem bestimmten Gut zurechnet).
- Ihr Nutzen wird dem Marktpreis gegenüber gestellt.
- Ausschlußprinzip gilt.
- Nutzen werden vollständig internalisiert.

Öffentliche Güter

- Werden produziert.
- Weisen hohe positive externe Effekte auf.
- Unterliegen Knappheitsbedingungen.
- Begriff des öffentlichen Gutes wird häufig auf immaterielle Güterkategorien angewendet (z.B. wirtschaftspolitische Ziele, Moral):
  - Verwirklichung eines wirtschaftspolitischen Zieles als öffentliches Gut, an dessen Angebot zwar jeder interessiert ist, zu dem aber kaum jemand beitragen will, weil der Nutzen wiederum nicht persönlich internalisierbar ist (alle konsumieren Vorteile mit).
  - Moral als (immaterielles) öffentliches Gut. Verhält ein Mensch sich moralisch, dann profitieren von diesem Verhalten auch seine Mitmenschen (es treten positive externe Effekte auf), ohne dass diese dafür eine Gegenleistung zu erbringen haben. Darüber hinaus Gefahr von Trittbrettfahrerverhalten (Ausbeutung derjenigen, die sich moralisch verhalten).

Reine öffentliche Güter

Auch: spezifisch öffentliche Güter:

- individuelle Präferenzen sind entwickelt, aber gemeinsamer Konsum (joint consumption). Internalisierung der Nutzen ist nicht möglich.
- Ausschlußprinzip versagt:
  - Ausschluß technisch nicht möglich

  oder
  - Ausschluß zwar technisch möglich, aber mit so enormen Kosten verbunden, dass er ökonomisch ineffizient ist (Ausschlußkosten würden Nutzen übersteigen).

Problematik öffentlicher Güter (2)

- Strategisches Verhalten der Bürger

  Trittbrettfahrerverhalten: Nachfrage nach einem öffentlichen Gut ist in den Präferenzen der Bürger angelegt. Diese Präferenzen werden jedoch nicht zum Ausdruck gebracht (Verschleierung der „wahren“ Präferenzen), da der einzelne befürchtet, von den Finanzierungslasten getroffen zu werden.
  - Bürger hoffen, dass andere ihre Präferenzen äußern und somit für die Bereitstellung des öffentlichen Gutes sorgen.

  ⇒ Privates Angebot öffentlicher Güter kommt nicht zustande.

  ⇒ Die öffentliche Hand stellt das Gut bereit.

Pareto-Effizienz bei öffentlichen und privaten Gütern

- Individueller Konsum bei privaten Gütern: $x^A + x^B = x$
- Gemeinsamer Konsum bei öffentlichen Gütern: $G^A = G^B = G$

$\Rightarrow$ **Produktionseffizienz**

– $GRTS^X_{LK} = GRTS^G_{LK}$

oder

– $GRT^X_{LK} = GRT^G_{LK}$

$\Rightarrow$ **Tauscheffizienz**

– $GRS^B_{GX} = GRT_{GX} - GRS^A_{GX}$

oder

$\sum_{i = A,B} GRS^i_{GX} = GRT_{GX}$ **öffentliche Güter**

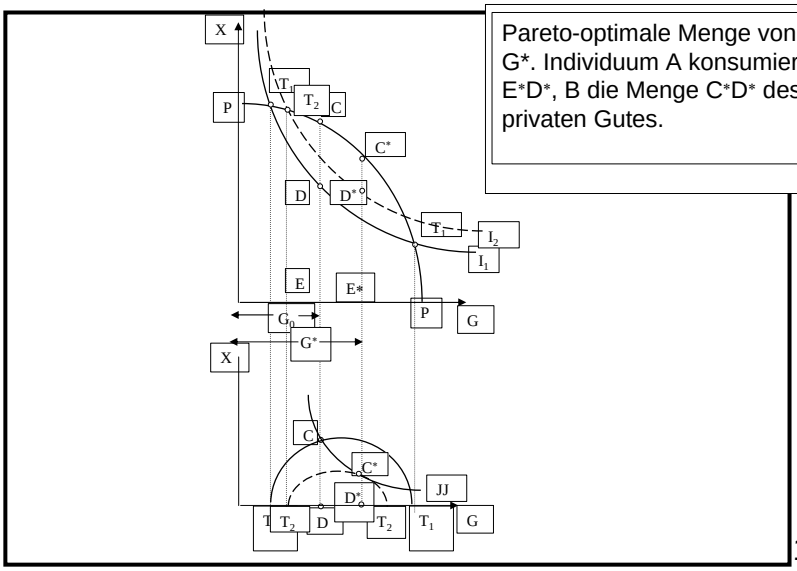
$\Rightarrow$ **Samuelson-Bedingung**

– $GRS^B_{XY} = GRS^A_{XY}$ **private Güter**

Staatstheorie: 4.2.2. Reine öffentliche Güter (3)

165

Abbildung: Pareto-Effizienz bei öffentlichen und privaten Gütern



Pareto-optimale Menge von G: G*. Individuum A konsumiert E^*D^*, B die Menge C^*D^* des privaten Gutes.

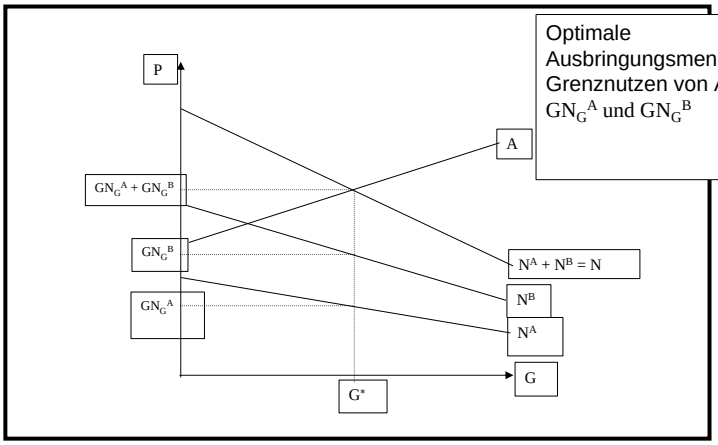
166

Effizienzbedingungen (Geldwirtschaft)

- GRT_{GX} = GK_G / GK_x
- GRS^A_{GX} = GN^A_G / p_x
- bei vollkommener Konkurrenz:
- p_x = GK_x

$\Rightarrow \sum_{i = A,B} GN^i_G$ = GK_G

Abbildung: Nachfrage- und Angebotskurven bei einem öffentlichen Gut



Optimale Ausbringungsmenge: G^*. Grenznutzen von A und B: GN_G^A und GN_G^B

Begrenzte öffentliche Güter (1)

Auch unreine öffentliche Güter:

- Rivalität im Konsum ab einem bestimmten Nutzungsniveau.
- Begrenzte Kapazität: es treten Stau- und Überfüllungsphänomene auf (z.B. Warteschlangen).
- Nationale öffentliche Güter: Kapazität einer öffentlichen Einrichtung ist ausreichend für einen Gesamtstaat.
- Regionale oder lokale öffentliche Güter: Kapazität reicht nur für eine untergeordnete Gebiets-körperschaft aus.

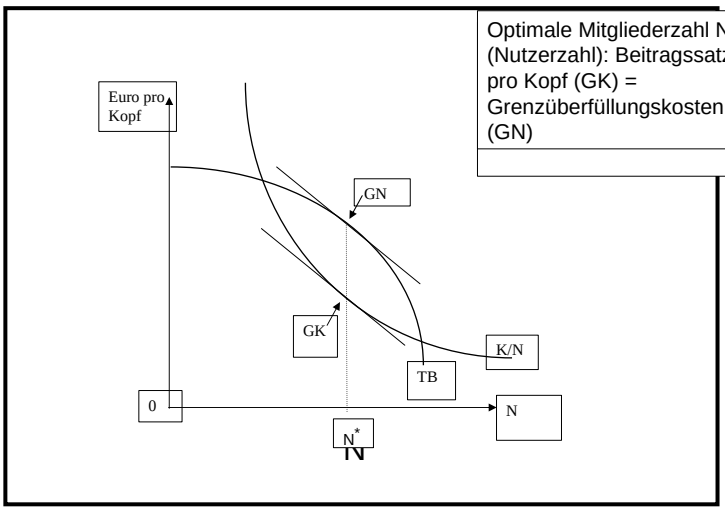
  Aber **Klubgut** (Buchanan): Kapazität sehr gering (daher privates Angebot; kollektiv genutztes Privatgut).

Begrenzte öffentliche Güter (2)

- Bestimmung der optimalen Nutzerzahl bei einem Klubgut (gemeinsam genutztes Privatgut, bei dem das Ausschlußprinzip angewendet werden kann).
  - Beispiel: Tennisclub
    - Nutzen bei der Nutzung durch ein einzelnes Individuum nur gering. Gesamtnutzen kann durch Eintritt eines weiteren Individuums erhöht werden.
    - Steigt jedoch die Nutzerzahl zu stark an, kommt es zu Rivalität in der Nutzung des Platzes

      $\Rightarrow$ Optimale Nutzerzahl ist erreicht, wenn der Beitragssatz pro Kopf gerade den Grenzüberfüllungskosten entspricht.
  - Optimalität erfordert bei gegebener Kapazität die Bestimmung der optimalen Nutzerzahl.

Abbildung: Bestimmung der optimalen Nutzerzahl



Staatstheorie: 4.2.3. Begrenzte öffentliche Güter(3)

171

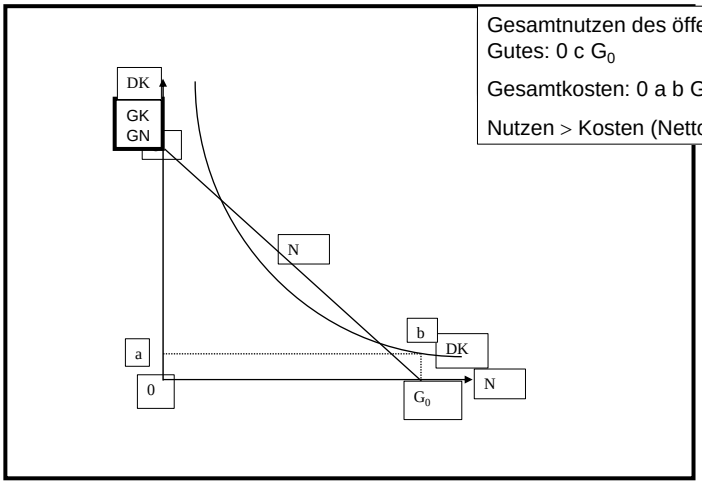
Variabel nutzbare öffentliche Güter

- Die vom Staat angebotenen gemeinsam nutzbaren Güter werden von einzelnen Personen unterschiedlich intensiv genutzt (z.B. Verkehrseinrichtungen oder Erholungsgebiete).
- Im Falle eines reinen öffentlichen Gutes:
  - Es gibt keine Überfüllungsphänomene,
  - Grenzkosten der zusätzlichen Nutzung sind Null,
  - Optimale Nutzung in dem Punkt, in dem die Grenznutzen gleich null sind. Diese Menge wird nur dann nachgefragt, wenn kein Preis erhoben wird.

Staatstheorie: 4.2.3. Begrenzte öffentliche Güter (4)

172

Abbildung: Angebot und Nachfrage variabel nutzbarer öffentlicher Güter



Gesamtnutzen des öffentlichen Gutes: 0 c G_0

Gesamtkosten: 0 a b G_0

Nutzen > Kosten (Nettonutzen)

Variabel nutzbare, aber begrenzte öffentliche Güter (1)

- Beispiel: Optimale Nutzung einer Autobahn von der Kapazität K
- Kostenfaktoren:

→ monetäre Kosten (z.B. Benzin, Kfz-Abnutzung)
pro Fahrt konstant → C

→ Zeitkosten pro Fahrt (für jeden Reisenden)
mit X = Zahl der Reisenden
und K = Kapazität der Autobahn
T (X, K)

Gesamtkosten bei X Fahrten
X * [C + T (X, K)]

Durchschnittskosten
C + T (X, K)

Variabel nutzbare, aber begrenzte öffentliche Güter (2)

- Frage: Wie hoch sind die Kosten eines zusätzlichen Nutzers?

  $C + T(X, K)$

  $\Delta T(X, K) / \Delta X$ — um diesen Betrag erhöhen sich die Zeitkosten für jeden bisherigen Nutzer

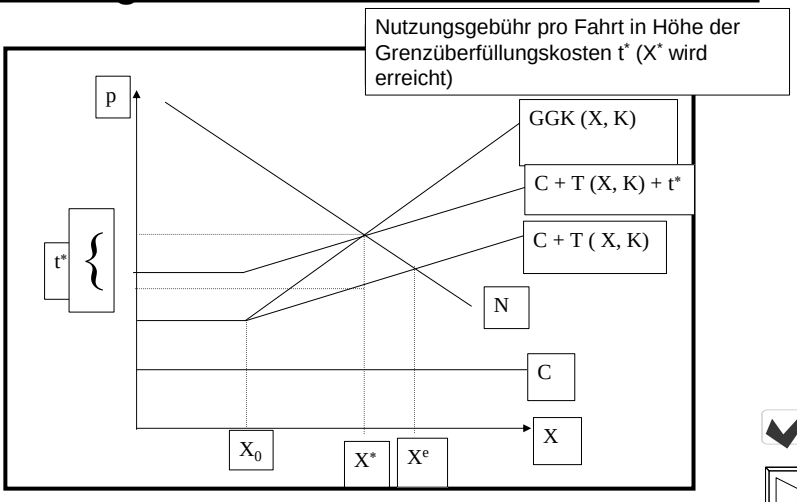
- Kosten eines zusätzlichen Nutzers:

  $GGK = C + T(X, K) + X * \Delta T(X, K) / \Delta X$

  Grenzüberfüllungskosten (externer Effekt bzw. Zeitkosten)

  $\Rightarrow$ **Nutzungsgebühr t***

Abbildung: Variabel nutzbare, aber begrenzte öffentliche Güter



Kapazitätserweiterung (1)

- **K´ > K**
- Ohne Nutzungsgebühren:

  $p^e \rightarrow p^{e´}$

  Nutzenmaximum:

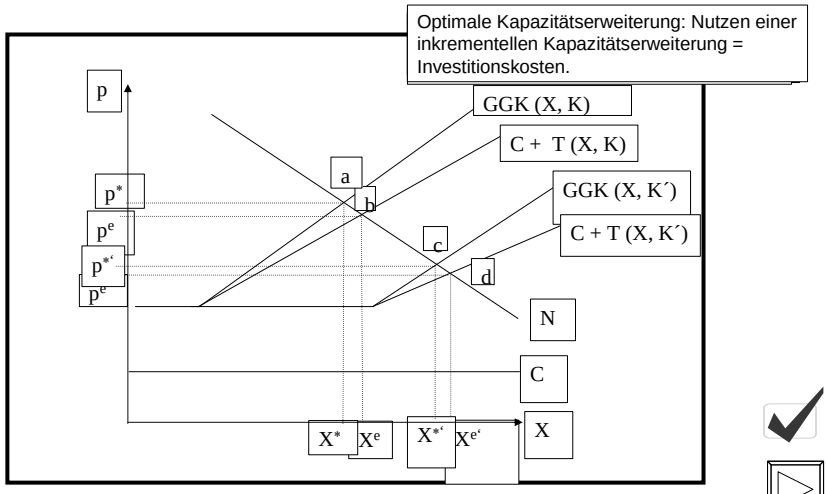
  $X^e \rightarrow X^{e´}$

  Nutzen der Kapazitätserweiterung:

  Fläche p^e b d $p^{e´}$
- Mit Nutzungsgebühren:

  Fläche p* a c p*´ (kleiner als ohne Nutzungsgebühren)
- Regel: Nutzen einer inkrementellen Kapazitätserweiterung gleich Investitionskosten!

Abbildung: Kapazitätserweiterung



Meritorische Güter (1)

- Güter, die nicht oder nicht in dem „gesellschaftlich“ gewünschten Ausmaß in den „wahren“ Präferenzen enthalten sind.
- Nicht die individuellen, sondern die gesellschaftlichen (kollektiven) Präferenzen sind relevant.
- Über staatliche Eingriffe wird versucht, die individuelle an die gesellschaftlich gewünschte Nachfrage anzupassen.

Meritorische Güter (2)

- Zwei Definitionen:

(1) Die Präferenzen der Individuen sind „verzerrt“; Verzerrung rechtfertigt den staatlichen Eingriff
  - Staat als „wohlmeinender Diktator“.

(2) Weisen sowohl interne als auch externe Effekte auf. Ausschlußprinzip kann nur auf Teile des Nutzens (interne) angewendet werden.

Bsp.: Impfungen gegen Infektionskrankheiten, Hochschulausbildung.

Demeritorische Güter

- Güter, bei deren übermäßigem Genuss für die Gesellschaft negative externe Effekte entstehen.

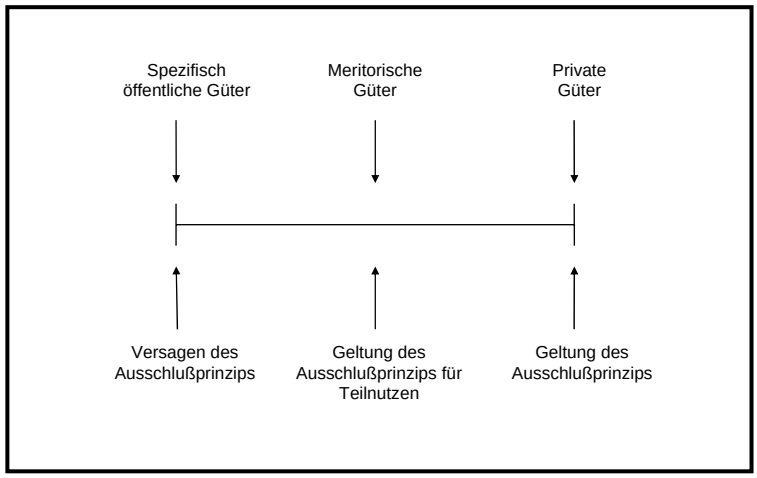
  Bsp.: Bier, Branntwein, Tabak, harte Drogen

- spezifische Verbrauchsteuern sollen negative Externalitäten internalisieren (Erfolg hängt von Preiselastizitäten der Nachfrage ab).

Merkmale der dargestellten Güterkategorien

Merkmale / Güter	Freie Güter	Spezifisch öffentliche Güter	Begrenzte öffentliche Güter	Meritorische Güter	Klubgüter	Private Güter
Positive Externalitäten	Ausschließlich externe Effekte	Ausschließlich externe Effekte	Neben externen auch interne Effekte	Neben externen auch interne Effekte	Keine externen, nur interne Effekte	Keine externen, nur interne Effekte
Negative Externalitäten	Keine	Externe Effekte bei Produktion möglich	Externe Effekte bei Konsum und Produktion möglich	Externe Effekte bei Konsum und Produktion möglich	Externe Effekte bei Konsum und Produktion möglich	Externe Effekte bei Konsum und Produktion möglich
Ausschlußprinzip	Nicht anwendbar	Nicht anwendbar	Beschränkt anwendbar (zur Internalisierung z.B. der Zeitkosten)	Auf Teilnutzen (im Ausmaß interner Effekte) anwendbar	Anwendbar	Anwendbar
Rivalität	Nichtrivalität	Nichtrivalität	Sowohl Rivalität als auch Nichtrivalität	Sowohl Rivalität als auch Nichtrivalität	Sowohl Rivalität als auch Nichtrivalität	Rivalität
Konsum	Gemeinsamer Konsum	Gemeinsamer Konsum	Gemeinsamer, teils individueller Konsum	Gemeinsamer, teils individueller Konsum	Gemeinsamer Konsum einer Gruppe	Individueller Konsum
Präferenzen	Präferenzen (noch) wenig entwickelt	Individuelle Präferenzen liegen vor, jedoch Trittbrettfahrerverhalten	Individuelle Präferenzen liegen vor, jedoch Trittbrettfahrerverhalten	Individuelle Präferenzen sind gestört	Individuelle Präferenzen liegen vor	Individuelle Präferenzen liegen vor
Beispiele	Nichtproduzierte natürliche Ressourcen, z.B. Luft, Wasser	Innere und äußere Sicherheit, variabel nutzbare Anlagen mit ausreichender Kapazität (Parks, Verkehrsflächen u.a.)	Öffentliche Einrichtungen mit (zeitweise) begrenzter Kapazität (z.B. Autobahnen)	Einrichtungen zur Gesundheitsvorsorge, Ausbildung, Sozialversicherungen	Tennis- und Reitanlagen, Golfplätze u.ä.	Nahrungs-mittel, dauerhafte Konsumgüter

Abbildung: Ausschlußprinzip bei verschiedenen Güterkategorien



Bewertungsproblematik

- Ziel: Öffentliche Mittel sollen optimal genutzt werden oder bei erwünschtem bzw. festgelegtem Nutzen sind die Kosten zu minimieren!
- Entscheidungen:
  1. gesamtwirtschaftliche Verträglichkeit eines Projektes,
  2. Auswahl des besten aus einer Reihe alternativer Projekte bei Budgetrestriktion,
  3. Wahl des Zeitpunktes der Durchführung der ausgewählten Investitionsprojekte.

Kosten-Nutzen-Analyse (KNA) und soziale Zeitpräferenzrate

- Kosten- und Nutzenkomponenten:

direkte Kosten	direkte Nutzen
indirekte Kosten	indirekte Nutzen
intangible Kosten	intangible Nutzen

- Probleme:
  - Wahl der “richtigen” Zeitspanne
    - Zeithorizont
    - “soziale” Zeitpräferenzrate
  - Unsicherheiten
    - technischer Fortschritt
    - Präferenzänderungen
- Suboptimierung infolge der Budgetbeschränkung
- begrenzte Anwendbarkeit bei Bewertungsproblemen

Kollektive Entscheidungsregeln

- Methodologischer Individualismus:

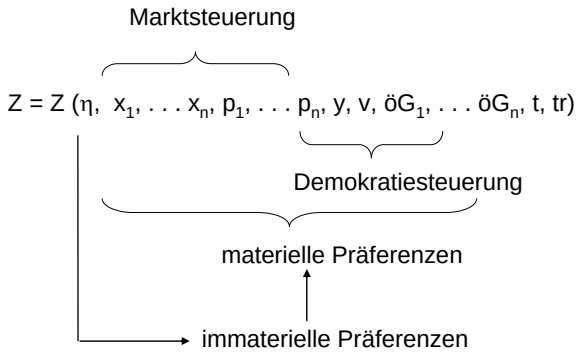
  Gesellschaftliche Moral = Summe der privaten und sozialen Normen.

  Sozial- oder Institutionenethik hat höheren Verbindlichkeitscharakter als Individualethik.

  Agenten in öffentlichen Institutionen (Politiker, Bürokraten, Funktionäre etc.) haben höheren Grad an gesellschaftlicher Verpflichtung als Private (aber: Nepotismus und Korruption).

Zielfunktion, Markt- und Demokratiesteuerung sowie immaterielle Präferenzen

Individuelle Zielfunktion und gesellschaftliche Steuerung



(Gesellschaftliche Normen, Werthaltungen: Ethik und Moral

Abbildung: Das Medianwählermodell bei eingipfeligen Präferenzen

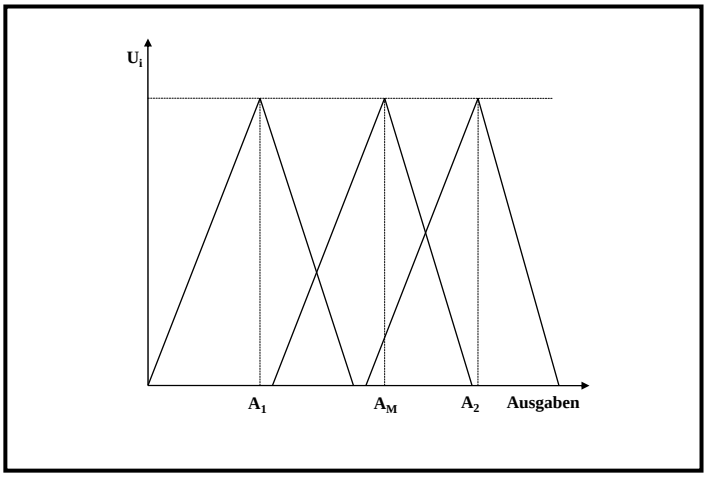
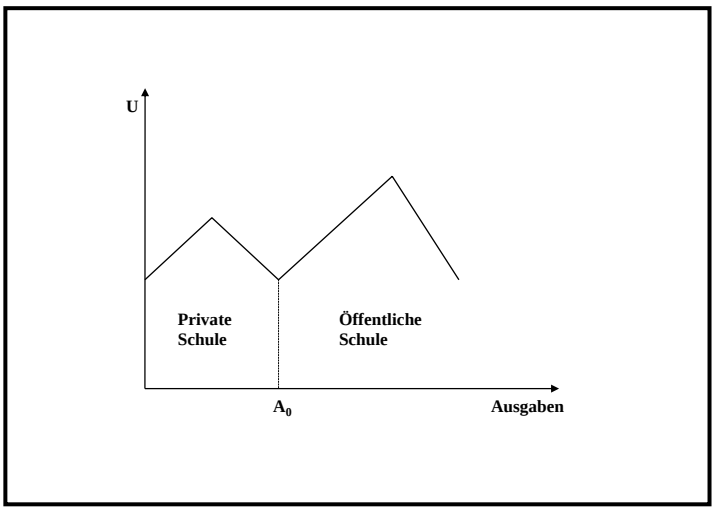


Abbildung: Mehrgipfelige Präferenzen



Staatsversagen: Wahlparadoxon (1)

- Mehrgipfelige Präferenzordnungen
  - Drei gesellschaftliche Gruppen (gleicher Größe):
    - reich
    - durchschnittlich wohlhabend (mittel)
    - arm
  - Drei mögliche Staatsausgabenniveaus:
    - hoch (H)
    - mittel (M)
    - niedrig (L)
  - Rangordnungen der Ausgabenniveaus:
    - reiche Gruppe: (L, M, H)
    - mittlere Gruppe: (H, L, M)
    - arme Gruppe: (M, H, L)

Abbildung: Wahlparadoxon

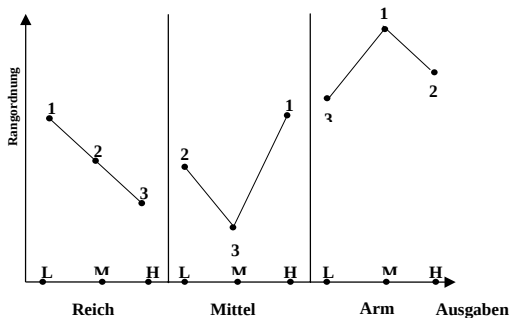


Abbildung 33: Rangordnung der Budgetniveaus bei unterschiedlichen Einkommensgruppen

Rangfolgen bei Abstimmungen (1)

- Abstimmung $\Rightarrow$ binärer Vergleich

L	versus	M	$\Rightarrow$	L	(reich/mittel)
L	versus	H	$\Rightarrow$	H	(mittel/arm)
H	versus	M	$\Rightarrow$	M	(reich/arm)

- Abstimmungsrangfolge

1.	L versus	M	$\Rightarrow$	L	(reich/mittel)
2.	L versus	H	$\Rightarrow$	H	(mittel/arm)

Rangfolgen bei Abstimmungen (2)

- Strategisches Abstimmungsverhalten

  L versus M ⇒ L 1. Runde

  L versus H ⇒ H 2. Runde

- Reiche stimmen in 1. Runde entgegen ihrer wahren Präferenzen für M

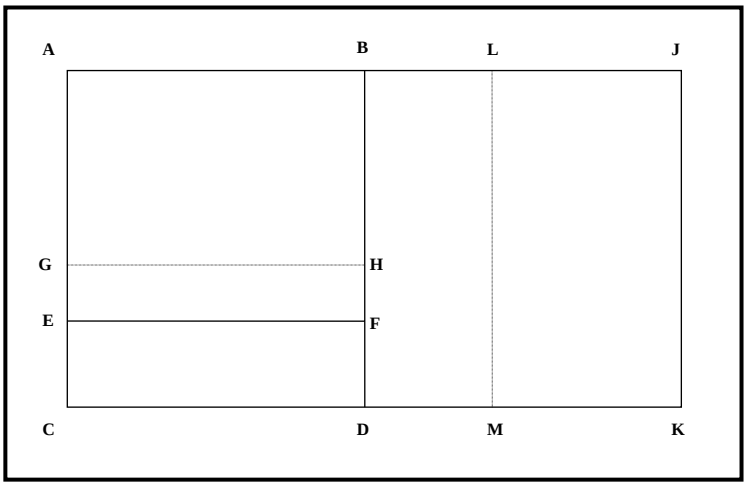
  L versus M ⇒ M 1. Runde

  M versus H ⇒ M 2. Runde

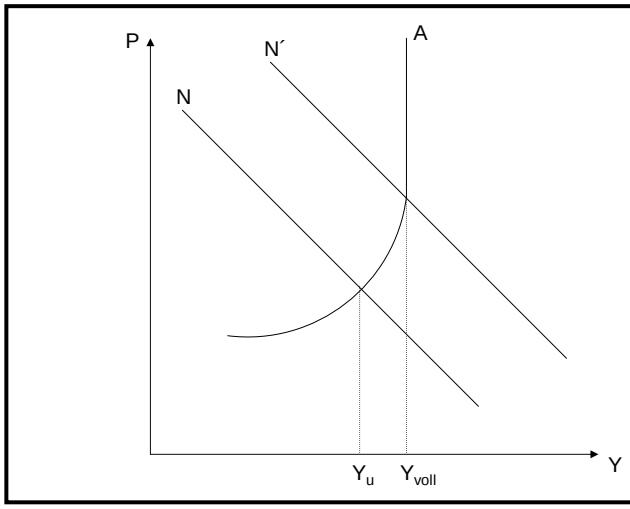
- Reiche verhindern damit H (mit ihrer geringsten Präferenz)

Wirkungen staatlicher Interventionen

Abbildung: Komponenten des Gesamtwohlstands



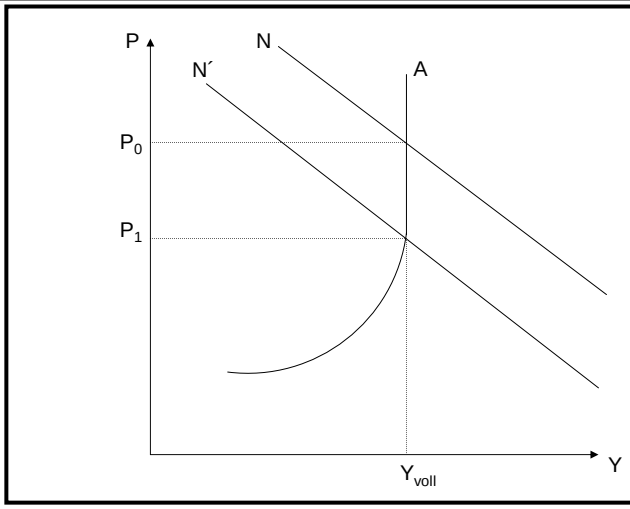
Wirkung einer expansiven Fiskalpolitik



Staatstheorie: 8.3. Stabilitätspolitisch motivierte Staatseingriffe (1)

195

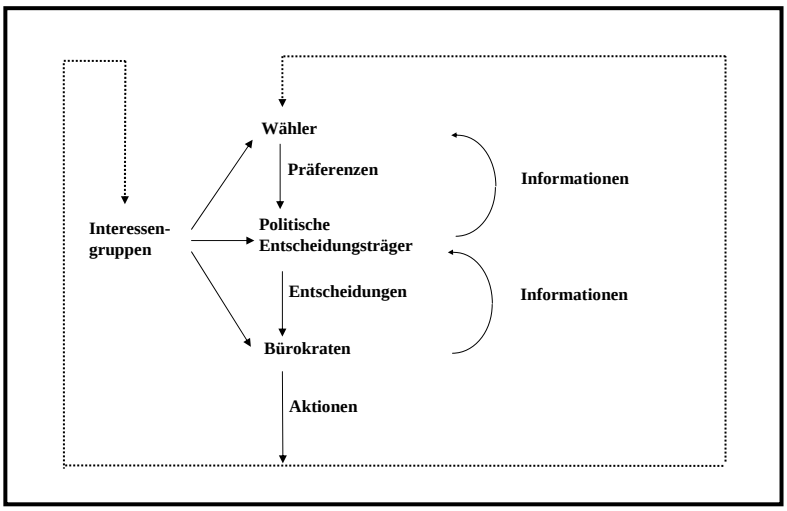
Wirkung einer kontraktiven Fiskalpolitik



Staatstheorie: 8.3. Stabilitätspolitisch motivierte Staatseingriffe (2)

196

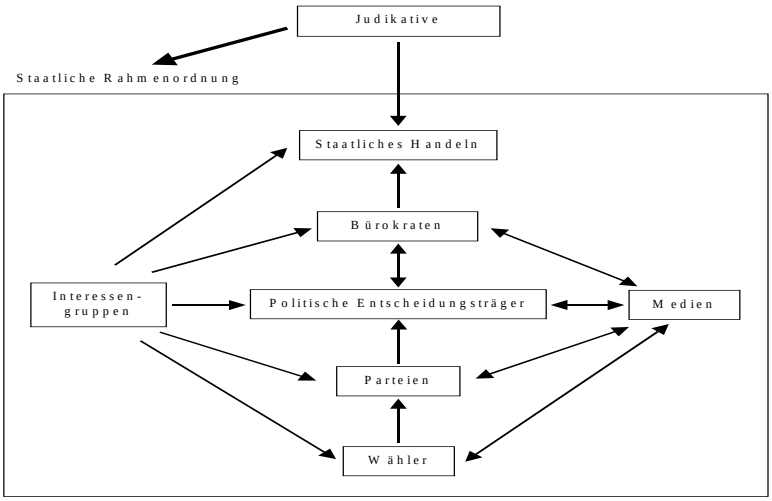
Politische Akteure und Beziehungsgeflecht



Staatstheorie: 9.1. Akteure im Überblick (1)

197

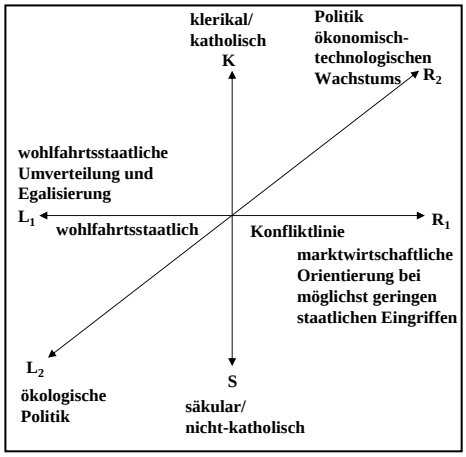
Abbildung: Politische Akteure und Beziehungsgeflecht



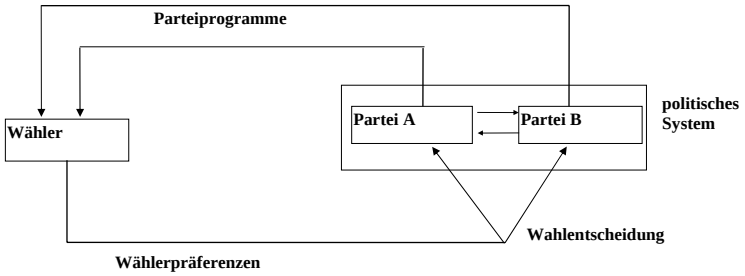
Staatstheorie: 9.1. Akteure im Überblick (2)

198

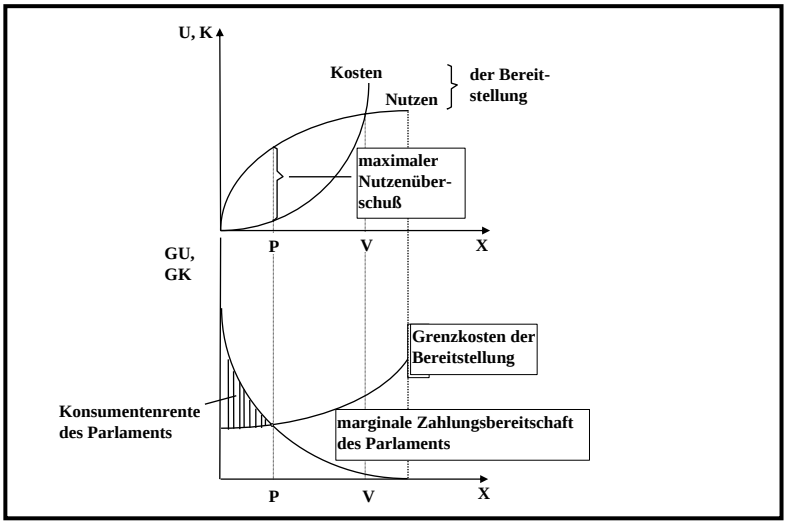
Strukturkonflikte westdeutscher Politik



Modell der Parteienkonkurrenz



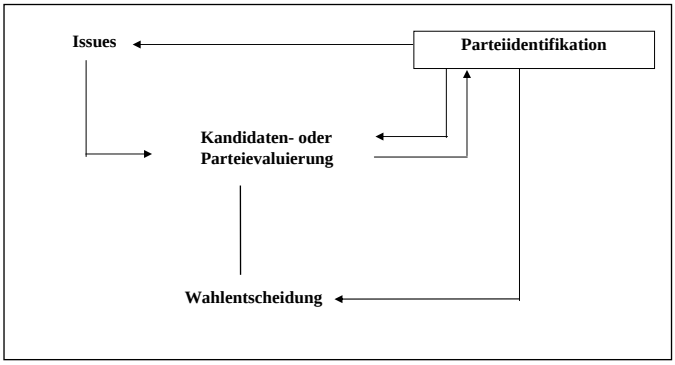
Das Modell der Budgetmaximierung



Staatstheorie: 9.2. Akteure im staatlichen Sektor (3)

201

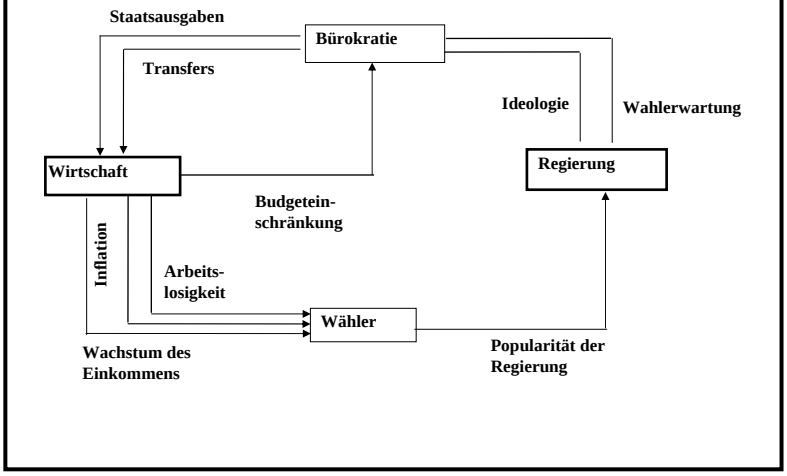
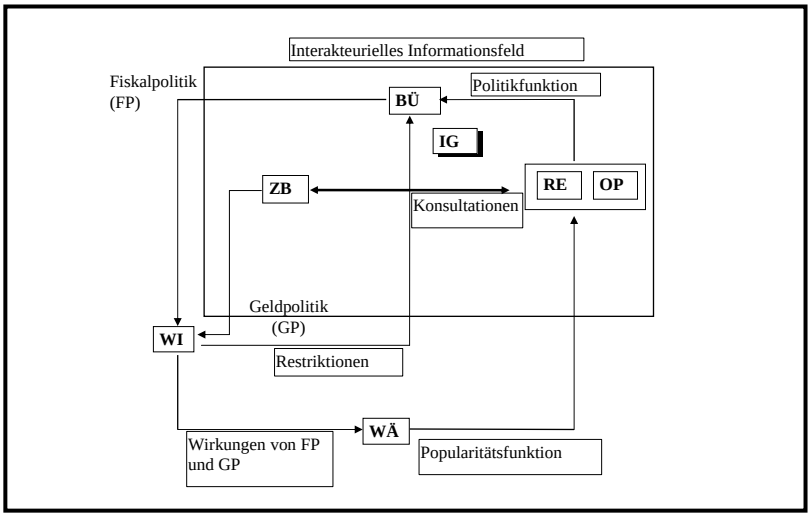
Parteiidentifikation und Wahlentscheidung



Staatstheorie: 9.3. Akteure im privaten Sektor

202

Polit-ökonomisches Modell



Informationsbeziehungen im Modell ohne Wirtschaftspresse